

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH-FORCHHEIM

Mensch & Politik
GESAMTAUSGABE 23 - 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle sind tief erschüttert von den Bildern, die uns tagtäglich aus der Ukraine erreichen. Niemanden lassen die Schicksale der Menschen, die vor Krieg und Zerstörung fliehen, die um Angehörige trauern, die ihr gesamtes Hab und Gut verloren haben, kalt.

Die Frage, wie mit dem Konflikt umzugehen ist und wie der Krieg schnellstmöglich beendet werden kann, steht derzeit unzweifelhaft im Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Anfang des Monats haben wir von der Union uns zusammen mit den Ampel-Fraktionen für die Lieferungen schwerer Waffen ausgesprochen. Schweren Herzens habe auch ich dem Antrag zugestimmt. Die Entscheidung fiel mir aber nicht leicht. Denn es steht in diesem Zusammenhang auch die Frage im Raum, inwieweit das Leiden vergrößert wird, wenn wir noch mehr und noch schwerere Waffen liefern. Auf der anderen Seite: Durch unsere Zahlungen an Russland für geliefertes Gas und Öl unterstützen wir jeden Tag aufs Neue die Kriegsmaschinerie Putins. Am Ende hat für mich bei der Suche nach der richtigen Antwort auch eine entscheidende Rolle gespielt, dass die Frage nach der kriegsauslösenden Partei so klar zu beantworten ist: Putin ist der Aggressor. Er hat den Angriffskrieg auf die

Ukraine völkerrechtswidrig gestartet. Hinzu kommt, dass es völkerrechtlich noch nicht als Kriegseintritt zu werten ist, wenn man einem Land, das angegriffen wird, Waffen zur Verteidigung liefert. Nichtsdestotrotz – und dieser Punkt ist für mich von ganz besonderer Bedeutung in der derzeitigen Diskussion – dürfen wir nicht den Fehler machen, immer weiter in eine längst überwunden geglaubte Kriegsrhetorik zu verfallen. Wir müssen unsere Worte mit Bedacht wählen – gerade in diesen bewegten Zeiten. Mit ihrer Aussage „Deshalb reduzieren wir mit aller Konsequenz unsere Abhängigkeit von russischer Energie auf Null - und zwar für immer“ hat Deutschlands Außenministerin, Annalena Baerbock, ebendiese sprachliche Sorgfalt vermissen lassen. So sehr ich klare Aussagen und eine klare Ansprache begrüße – ganz besonders vonseiten unserer teilweise doch eher schweigsamen Bundesregierung -, so sehr stoße ich mich an der Radikalität von Frau Baerbocks Aussage. Nicht nur, aber gerade bei kantigen Aussagen muss ich mich doch fragen: Wie empfindet mein Gegenüber diese Aussage? Was löst sie in ihm aus? Und woher weiß unsere Bundesaußenministerin eigentlich so genau, was die Zukunft bringt? Konkreter ausgedrückt: Woher will sie wissen, wie die russische Regierung der Zukunft aussieht? Aussagen

dieser Art sind mitnichten deeskalierend, sondern ziehen vielmehr einen neuen, einen verbalen eisernen Vorhang! Nach außen den Eindruck eigener moralischer Überlegenheit zu vermitteln, ist dem Vorhaben, Frieden zu stiften, sicherlich nicht zuträglich – ganz im Gegenteil. Insbesondere die Geschichte des Ersten Weltkrieges lehrt uns doch, wie schnell ein Weltkrieg ausgelöst werden kann, wenn jede Seite primär darauf ausgerichtet ist, ihr Gesicht zu wahren und keiner bereit ist, auch nur einen Schritt auf den anderen zuzugehen. Ja, in Krisenzeiten müssen wir mutig und entschlossen handeln. Gerade in Zeiten der Bedrohung dürfen wir uns nicht verstecken – nicht vor Entscheidungen, nicht vor einer klaren Haltung, nicht vor uns selbst. Und vielleicht braucht es gerade jetzt auch wieder mal den Mut, verbal abzurüsten und aufeinander zuzugehen.

Herzlichst,

Ihre Silke Launert

Bund unterstützt Bayreuth Baroque



Dr. Silke Launert, MdB, und die damalige Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters. Das Bild entstand am 26.07.2021 beim Besuch der Staatsministerin auf Einladung von Silke Launert.

Berlin/Bayreuth. Der Bund fördert auch 2022 wieder Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik, Literatur, des Tanzes und Theaters. In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses in der vergangenen Sitzungswoche beschlossen die Abgeordneten, dass dabei 200.000 Euro für das Bayreuth Baroque Opera Festival fließen.

Als Mitglied des Haushaltsschusses freut sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ganz besonders über die Entscheidung ihres Ausschusses: **„Es ist wirklich toll, dass das Bayreuth Baroque Festival vonseiten des Bundes die Wertschätzung erhält, die es verdient! Das Weltkulturerbe muss belebt werden und Bayreuth Baroque macht das außerordentlich erfolgreich.“**

Das internationale Festival findet im Markgräflischen Opernhaus Bayreuth statt und erweckt barocke Opern am Originalschauplatz zu neuem Leben. Im Jahr 1748 eröffnet, ist das Theater Wilhelmines das besterhaltene Beispiel eines freistehenden barocken Hoftheaters.

Bei einem Besuch der damaligen Kulturstaatsministerin Professor Monika Grütters im letzten Jahr war diese bereits vom Projekt begeistert und hat erste Vorarbeit geleistet. **„Es ist schön zu sehen, dass auch die aktuelle Staatsministerin Claudia Roth erkannt hat, was für eine emanzipierte und vielfältig talentierte Frau unsere Wilhelmine war, auf der das Festival beruht und ihr Erbe erhalten möchte“**, so Launert.

Bundesfördermittel für das Festival junger Künstler Bayreuth

Berlin/Bayreuth. Noch eine gute Nachricht für den Wahlkreis kann Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert aus der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses verkünden. Das Festival Junger Künstler Bayreuth erhält heuer 90.000 Euro Förderung vom Bund.

„Das Festival junger Künstler ist eine Bayreuther Institution und trägt wesentlich zur Völkerverständigung bei. Die Sprache der Kunst, insbesondere der Musik, ist eine verbindende, auch über scheinbar unüberwindbare Grenzen hinweg. Gerade in der jetzigen Zeit erleben wir, wie wichtig dieser Austausch ist. So freut es mich, dass wir heute Gelder aus dem Etat des Auswärtigen Amtes für das Festival Junger Künstler zur Verfügung stellen können“, so Dr. Silke Launert, die selbst Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ist.

Das Festival hat in den 72 Jahren seines Bestehens für mehr als 30.000 Teilnehmende aus über 80 Nationen in Bayreuth einen Begegnungsort geschaffen, der es ihnen ermöglicht, sich in Workshops auszuprobieren und weiterzuentwickeln.



Union fordert Schutzschirm gegen die Inflation



Berlin. Ob an der Zapfsäule, an der Supermarktkasse oder bei den Heizkosten: Wir alle bekommen die immensen Preissteigerungen zurzeit schmerzhaft zu spüren. Für die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ist daher klar: Es braucht gezielte Entlastungen und zwar sofort! Das von der Bundesregierung vorgelegte Entlastungspaket kritisiert die Fraktion als unzureichend und hat deshalb einen eigenen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, in welchem sie einen Schutzschirm gegen die Inflation fordert und dabei ein ganzes Bündel an Maßnahmen vorschlägt. Unter anderem folgende drei Kernforderungen stellt die Fraktion auf: *Erstens: Mehr Netto vom Brutto durch inflationsbereinigten Einkommensteuer-Tarif. Zweitens: Temporär niedrigere Steuern für Strom und Kraftstoff. Drittens: Ausweitung der Energiepauschale auch auf Studenten, Rente und junge Familien, die Elterngeld beziehen.* Wer privat für das Alter Sorge, erlebe gerade, wie sein Ersparnis entwertet werde, konstatiert die Union zudem in ihrem Antrag. Dieser Entwicklung müsse gezielt und vor allem schnellstmöglich entgegengewirkt werden.

Ein wirksames Mittel gegen den steigenden Preisdruck sei neben den bereits genannten Maßnahmen auch die Erweiterung des Angebots durch Handelsabkommen. Bereits verhandelte Handelsabkommen wie CETA mit Kanada müssten umgesetzt und neue Handelsabkommen insbesondere mit den USA, dem Vereinigten Königreich, Australien, Neuseeland und südamerikanischen Ländern geschlossen werden. Schließlich fordert die Fraktion, die grundgesetzliche Schuldenbremse ab dem kommenden Jahr wieder einzuhalten sowie auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder in Kraft gesetzt und durchgesetzt wird. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert findet deutliche Worte:

„Rentner, Studenten und Familien, die Elterngeld beziehen, werden von den Preissteigerungen ganz besonders hart getroffen. Gerade diese Gruppen haben SPD, Grüne und FDP aber von der Energiepauschale ausgeschlossen. Das ist absolut unfassbar! Wir fordern daher eine schnellstmögliche Ausweitung der Pauschale! Natürlich ist uns bewusst, dass nicht jegliche Belastung vonseiten des Staates abgedeckt werden kann. Aber die derartig einseitige Unterstützung, welche die Bundesregierung hier auf den Weg gebracht hat, lässt einen erheblichen Teil der Bevölkerung einfach außen vor! Hinzu kommt, dass die Regelung auch handwerklich nicht gut gemacht wurde und angesichts ihrer Beschränkung auf alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen massiv missbrauchsanfällig ist. Abgesehen davon, wäre es sinnvoll gewesen, die Energiesteuer nicht nur für drei Monate, sondern dauerhaft, zumindest aber für die kommenden zwei Jahre, zu senken sowie die Stromsteuer auf das unionsrechtliche Minimum zu reduzieren – so wie wir von der Union es in unserem entsprechenden Antrag auch vorgeschlagen haben. Mit diesen Maßnahmen hätte man deutlich mehr erreicht.“

Im Überblick: Das zweite Entlastungspaket der Bundesregierung

- > **Einmalige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro für alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen** – die Pauschale unterliegt der Einkommenssteuer; sie wird als Zuschuss zum Gehalt ausbezahlt; Selbstständige erhalten die Pauschale in Form einer verringerten Steuervorauszahlung
- > **Einmaliger Kinderbonus** in Höhe von 100 Euro pro Kind
- > **9-Euro-Monatsticket** für den ÖPNV für die Monate Juni, Juli und August
- > **Dreimonatige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe** durch Reduzierung auf das europäische Mindestmaß; die Maßnahme gilt für drei Monate
- > **Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen** – die bereits beschlossene Einmalzahlung für Empfänger von Sozialleistungen wird auf **200 Euro** verdoppelt

„Strohfeuer“: Kritik am 9-Euro-Ticket

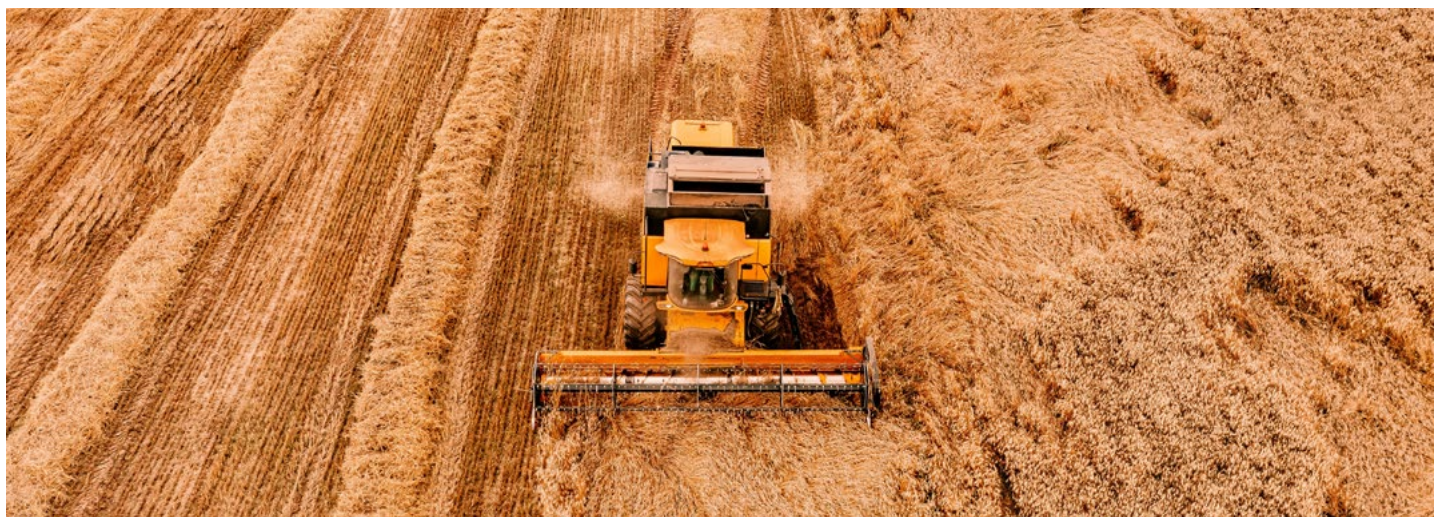
Berlin. Für 9 Euro pro Monat quer durch Deutschland im Nah- und Regionalverkehr – das ist nun für die Sommermonate Juni, Juli und August möglich. Auf uneingeschränkte Zustimmung stößt die Maßnahme, die Teil des von der Ampel-Koalition vorgestellten Entlastungspakets ist, hingegen nicht. Deutliche Kritik kommt etwa vonseiten der Bayerischen Staatsregierung. Das 9-Euro-Ticket sei ein „Strohfeuer“. Eine langfristige Stärkung des ÖPNV gehe mit ihm nicht einher. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder bezeichnete das Ticket als „seltsames Konzept“, das vor allem die Länder bezahlen müssten. Für die „kältere Jahreszeit“ wäre die „nette Idee“ interessant gewesen, so Söder. Als effektivere Maßnahme nannte der CSU-Chef das angedachte 365-Euro-Ticket. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete **Silke Launert** teilt die Sicht des bayerischen Regierungschefs: „Das 9-Euro-Ticket hört sich zwar toll an, ist aber tatsächlich nicht mehr als ein Strohfeuer. Was wir wirklich brauchen, ist eine dauerhafte Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, etwa durch ein 365-Euro-Ticket. Der Vorstoß der Ampel-Koalition ist am Ende nicht mehr als heiße Luft.“

Zum Hintergrund: Als 365-Euro-Ticket wird eine Zeitkarte im öffentlichen Personenverkehr für ein Jahr bezeichnet, die zu einem Preis von umgerechnet einem Euro pro Tag zum uneingeschränkten Fahren in einem bestimmten Gebiet berechtigt.



Nahrungsmittelknappheit – Union fordert Nutzung aller verfügbaren Ackerflächen

Berlin. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat bereits unermesslich viel Leid verursacht. Nun droht der Krieg auch für die Entwicklungsländer zu einer humanitären Katastrophe zu werden. Zum Hintergrund: Russland und die Ukraine zählen zu den weltgrößten Weizenexporteuren. Angesichts derzeit nicht möglicher Lieferungen und abzusehender Ernteauffälle steigen die Preise unter anderem für Weizen massiv an. Die hierdurch verursachte Lebensmittelknappheit könnte nun den Hungertod für Millionen von Menschen bedeuten. Vor diesem Hintergrund forderte die Unionsfraktion in einer Aktuellen Stunde die Bundesregierung dazu auf, die beschlossene pauschale Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen auszusetzen. Die Festsetzung stamme aus einer Zeit, in welcher die Versorgung gesichert gewesen sei. Die pauschale Stilllegung sei angesichts der veränderten Situation nun aber nicht mehr zu rechtfertigen. Deutliche Kritik äußerten CDU und CSU gegenüber Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir, welcher die von der EU-Kommission im EU-Ernährungsnotfallplan ausdrücklich eingeräumte Möglichkeit, Brachflächen für den Anbau aller Feldfrüchte freizugeben, durch schlichten Fristablauf habe verstreichen lassen. Brachflächen wirtschaftlich nicht zu nutzen, sei angesichts der drohenden Hungersnot unverantwortlich, argumentierte die Unionsfraktion und forderte die Bundesregierung zu einem Kurswechsel auf. Ebenfalls zur Sprache kam das Thema der ungenutzten Ackerflächen auf dem vonseiten des Deutschen Bauernverbandes organisierten parlamentarischen Abend, an welchem auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert teilnahm. Brachflächen müssten dringend freigegeben werden, so der klare Appell der Verbandsvertreter an die anwesenden Politikerinnen und Politiker.



Union fordert Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie

Berlin. Seit dem 1. Juli 2020 gilt für die Gastronomie der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von sieben Prozent. Anfang letzten Jahres wurde auf Druck der Union zudem die Biersteuer für kleine und mittlere Brauereien bis Ende 2022 gesenkt. Zwei Maßnahmen, die einen wichtigen Beitrag zu Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise geleistet haben. Aufgrund der jeweils bestehenden Befristung der beiden entlastenden Maßnah-

men bis Ende 2022 drohen diese aber nun auszulaufen. Um die Gastronomie und die vielen kleineren Brauereien in ihrer wirtschaftlichen Erholung nicht zu gefährden, fordern CDU und CSU die Bundesregierung in einem eigens entworfenen Antrag dazu auf, beide Steuerermäßigungen dauerhaft fortgelten zu lassen. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert streitet für eine Beibehaltung der Steuerentkennungen:

„Gerade die kleineren Gastrobetriebe und Brauereien hat die Corona-Krise hart getroffen. Auch wenn die Lage sich wieder entspannt hat, brauchen diese Unternehmen weiterhin unsere Unterstützung! Eine Rückkehr zur alten Regelung würde die Existenz nicht weniger – oft familiengeführter – Betriebe gefährden. Das können und wollen wir nicht zulassen und werden deshalb für eine Entfristung der Entlastungsregelung kämpfen!“



Besichtigung „Labor Betreuung 5000“ für Geflüchtete Ukrainer des DRK



Berlin. Das Deutsche Rote Kreuz hat am ehemaligen Flughafen Tegel das Labor 5000 eingerichtet - eine Betreuungseinrichtung zur Notfallübernachtung für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer. Vor den Treffen der Arbeitsgemeinschaften Innen und Haushalt besichtigte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit ihren Kolleginnen und Kollegen die Einrichtung.

Union fordert Masterplan für eine bessere Unterstützung von Schutzsuchenden aus der Ukraine



Berlin. Die Situation in der Ukraine ist dramatisch: Millionen Menschen fliehen vor Tod und Zerstörung und bangen um ihre in der Ukraine verbliebenen Angehörigen. Mittlerweile sind bereits mehr als 400.000 Schutzsuchende nach Deutschland eingereist. Die Situation stellt damit zweifelsohne eine migrationspolitische Herausforderung auch für die Bundesrepublik dar. Mit dem bisherigen Agieren der Bundesregierung zeigt sich die Union allerdings unzufrieden: „Die Hilfsbereitschaft der Deutschen ist überwältigend (...). Das verdient großen Dank und Anerkennung. Die Bundesregierung aber hinkt hinterher. Es gibt nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan, keine flächendeckende Registrierung bei der Ankunft und kein wirksames Schutzkonzept für Kriegsflüchtlinge“, kritisiert die Fraktion in einem Antrag, welchen sie jüngst in den Bundestag eingebracht hat. CDU und CSU fordern in ihrem Antrag die Bundesregierung ferner dazu auf, einen „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zu erstellen sowie im Bundeskanzleramt einen **Krisen- und Koordinierungsstab** einzurichten und einen **nationalen Flüchtlingsgipfel** durchzuführen. Darüber hinaus dringen CDU und CSU darauf, eine **durchgehende Registrierung und Personenfeststellung** unmittelbar oder bei Grenzübertritt sicherzustellen. Die Bundesregierung müsse zudem auf einen **gleichmäßigen bundesweiten und europäischen Verbleib der Flüchtlinge** hinwirken. Einen weiteren Schwerpunkt legt die Union in ihrem Antrag auf den **Schutz der geflüchteten Frauen und ihrer Kinder**. Die Bundesregierung müsse alles tun, um die vor dem Krieg geflüchteten Frauen, Kinder und Jugendliche vor Kriminellen, wie etwa Menschenhändlern, zu schützen. Außerdem sollten allen ankommenden Frauen zur Erleichterung der Kontaktaufnahme mit ihren Angehörigen und Hilfsangeboten eine SIM-Karte mit Startguthaben übergeben werden.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert findet klare Worte:

„Die Situation erfordert maximalen Einsatz vonseiten unserer Bundesregierung. Und was tut die Bundesinnenministerin? Sie wartet lieber ab, anstatt zu handeln! Schlafmodus statt Tatendrang! Das offenbart: Die Bundesregierung, allen voran die Bundesinnenministerin Nancy Faeser, ist mit der aktuellen Situation überfordert. Kein Plan, keine flächendeckende Registrierung der Schutzsuchenden und kein wirksames Schutzkonzept für geflüchtete Frauen und Mädchen – so lässt sich das aktuelle Vorgehen der Bundesinnenministerin beschreiben! Wie es anders, nämlich gut, laufen kann, zeigt etwa unser Nachbarland Polen. Die Ankommenden werden registriert und mit einer Identifikationsnummer ausgestattet und erhalten schnell die notwendigen Hilfen – ein klarer Gegenpol zu dem Missmanagement der Bundesregierung! Die Situation in Deutschland muss sich ändern! Wir brauchen eine klare Steuerung und Organisation!“

Union fordert effektivere Durchsetzung der gegen Russland verhängten Sanktionen

Berlin. Mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der Fraktion Die Linke hat der Deutsche Bundestag das Sanktionendurchsetzungsgesetz beschlossen, mit welchem die gegen Russland verhängten Sanktionen effektiv durchgesetzt werden sollen. Um die hierfür erforderliche Expertise verschiedener Behörden von Bundes- und Länderebene zusammenzuführen, sollen nun die erforderlichen Datenzugriffs- und Datenaustauschbefugnisse geschaffen werden. Darüber hinaus wird es künftig ermöglicht, Vermögen zu ermitteln und Vermögensgegenstände bis zur Aufklärung der Eigentumsverhältnisse sicherzustellen. Sanktionierte Personen, welche gegen die Anzeigepflicht verstoßen, müssen zudem künftig mit Strafen bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe rechnen. Der Union gehen diese Maßnahmen jedoch nicht weit genug. Sie fordert einen härteren Kurs bei der Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland. CDU und CSU verlangen in dem von ihnen in den Bundestag eingebrachten Antrag unter anderem, eine **Offenbarungspflicht** über die in Deutschland vorhandenen Vermögenswerte von sanktionierten Personen und Organisationen einzuführen. Ferner fordert die Union, ein **Verbot der Barzahlung bei Immobilienkäufen** sowie die **Einrichtung einer Geldwäscheverdachtsdatenbank**, in welcher sämtliche Personen mit rechtskräftiger Verurteilung aufgrund von Vermögensdelikten, Steuerdelikten, Wirtschafts- oder Geldwäschestrafaten erfasst werden und die vom Notar vor jeder Immobilientransaktion abgefragt werden muss.

Delegiertenreise nach Polen: Unterstützung für ukrainische Geflüchtete



Berlin/Oppeln. Eine Delegation der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion startete am 29. März nach Polen. Neben der Frage des muttersprachlichen Deutschunterrichts in Polen ging es bei der zweitägigen Reise vor allem um die Situation der ukrainischen Flüchtlinge, die dort Zuflucht gefunden haben.

Mit im Gepäck hatte die Delegation um Dr. Silke Launert, stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, Stephan Mayer, erster stellvertretender Vorsitzender der Gruppe, Sven Oole, Geschäftsführer der Gruppe, und Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, gespendete Damenhygienemittel, Windeln und Körperpflegemittel, die bei einem Zwischenstopp im Oberschlesischen Eichendorff-Kultur-

und Begegnungszentrum in Lubowitz zur Versorgung der geflüchteten Frauen und Kinder, um die sich der Verband der deutschen Gesellschaften / Związek Niemieckich Stowarzyszeń vor Ort kümmert, übergeben wurden.

Die Berichte der geflüchteten Ukrainerinnen, mit denen sich die Gruppe vor Ort getroffen hat, ließen niemanden kalt: Sie erzählten von Bombenanschlägen auch auf Zivilisten und Krankenhäuser, von Kindern, die nicht verstanden, warum sie sich angezogen schlafen legen mussten (um im Notfall so in den Keller gehen zu können), von Menschen, die zu tiefst verletzt und traumatisiert sind. **„Sie sind zum Teil ohne irgendetwas mitzunehmen zusammen mit den Kindern geflüchtet und sind hier so dankbar, dass sich so viele Menschen so um sie**

kümmern“, so Launert. **„Wir haben uns mittels der Sprache des Herzens verstanden!“**

Am 30. März besuchte die Delegation die Montessori-Schule des Vereins Pro-Liberis Silesiae in der Woiwodschaft Oppeln und tauschte sich auch mit Lehrern und Schulleitern anderer Schulen aus. Thema war der Deutschunterricht an den Schulen. **„Die Möglichkeit eines dreistündigen Unterrichts in Deutsch als Minderheitensprache für die deutsche Minderheit in Polen sollte nicht gekürzt werden! Sprache ist Ausdruck von Identität, Kultur und Zusammenhalt!“**, sagte Launert.

Besuch in Paris zum 8. Mai



Paris/Berlin. Der 8. Mai 1945 – ein historischer Tag für ganz Europa. Denn an ebenjenem Maitag vor 77 Jahren endete in Europa der Zweite Weltkrieg. In Frankreich ist der 8. Mai aufgrund seiner Bedeutung sogar ein gesetzlicher Feiertag. Dieses Jahr war auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, die stellvertretendes Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung ist, vor Ort und wollte es sich nicht nehmen lassen, sich im Herzen von Paris auf der Champs-Élysées einen persönlichen Eindruck von den Feierlichkeiten zu verschaffen. **„Dieser Tag – ganz besonders vor dem Hintergrund des aktuellen Krieges in der Ukraine – führt uns vor Augen, dass wir Frieden niemals als selbstverständlich nehmen dürfen!“**, so die Abgeordnete und hob in diesem Zusammenhang auch die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft hervor: **„1945 hätte sich vermutlich niemand vorstellen können, dass Frankreich und Deutschland einmal eine so enge Freundschaft verbinden wird. Diese Verbindung ist eine Kostbarkeit, die es über die Generationen hinweg zu bewahren gilt!“**

Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen – Union fordert Freibetrag beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum

Berlin. Steigende Baukosten, plötzliche Förderstopps, langwierige Genehmigungsverfahren – für viele Menschen ist es deutlich schwieriger geworden, ein Eigenheim zu erwerben. Ein besonders herber Schlag war der vollkommen unerwartete Stopp der Bundesförderung für effiziente Gebäude, durch welchen die Bundesregierung das Vertrauen vieler Menschen erschüttert hat. Die Neuauflage könne man bestenfalls als halbherzige Lösung bezeichnen, heißt es dazu vonseiten der Union. Bereits nach wenigen Stunden war der neu aufgelegte Fördertopf ausgeschöpft. Erschwerend hinzu kommen aktuell die erheblich gestiegenen Baukosten. Um die Lage für Bauwillige, insbesondere Familien, spürbar zu verbessern, hat die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag Mitte Mai einen entsprechenden Leitantrag vorgestellt, in welchem sie ein ganzes Bündel an Maßnahmen fordert. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete setzt sich für eine stärkere Unterstützung ein:

„Es kann und darf nicht sein, dass nur wenige sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können! Auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, insbesondere für Familien, muss die Eigentumbildung möglich sein! Was die Menschen jetzt brauchen, ist Planungssicherheit und ganz sicherlich keine weitere Enttäuschung!“

Eigentum sei nicht nur Ausdruck gelebter Freiheit, sondern diene vor allem auch der Altersvorsorge, entlaste zusätzlich den Wohnungsmarkt und mache zumindest ein Stück weit unabhängig von der Inflation, führt Launert weiter aus. In ihrem Antrag fordern CDU und CSU die Bundesregierung unter anderem dazu auf, den Ländern zu ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind einzuführen sowie die Bereitstellung des Baukindergeldes für bereits genehmigte Bauvorhaben sicherzustellen. Zudem solle der erstmalige Erwerb selbstgenutzter Immobilien insbesondere für Familien mit geringen und mittleren Einkommen gefördert werden und hierzu unter anderem das KfW-Wohneigentumsprogramm ausgeweitet werden. Darüber hinaus soll durch eine auf vier Jahre befristete fünfprozentige Sonderabschreibung von 4.000 Euro je Quadratmeter das Errichten bezahlbaren Wohnraums attraktiv gestaltet werden. Schließlich fordern CDU und CSU, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Kommunen eine Initiative zur Baulandgewinnung insbesondere auf Brach- und Konversionsflächen entwickelt, um dem Mangel an Bauland entgegenzuwirken.



Klares Nein der Union zum Bürgergeld



Berlin. Die Ampel-Regierung plant die Einführung eines Bürgergeldes und setzt auf dem Weg dorthin bereits jetzt die Sanktionen bei Verstößen gegen Mitwirkungspflichten weitestgehend aus. Eine eindeutige Abkehr von dem Prinzip des Förderns und Forderns, welcher die Union entschieden entgegentritt. Deutliche Kritik kommt auch vonseiten der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert, welche für die CSU im Haushaltsausschuss sitzt:

„Am Ende heißt dies nichts anderes als dass derjenige, der fleißig ist beziehungsweise sich an die Regeln hält, der Dumme ist! Auch die Bundesagentur für Arbeit spricht sich klar und deutlich für Sanktionsmöglichkeiten aus! Ganz offensichtlich hat die Ampel vergessen, dass gerade das Prinzip des Förderns und Forderns die Langzeitarbeitslosigkeit massiv reduziert hat! Wir von der Union werden jedenfalls alles in unserer Macht Stehende tun, um diesen arbeitsmarktpolitischen Irrsinn zu stoppen! Gerade in Zeiten, in welchen überall ein Arbeitskräftebedarf besteht, sind solche Regelungen völlig kontraproduktiv!“

Impfpflicht im Bundestag gescheitert



Berlin. Nach einer hitzigen Debatte ist die Einführung einer Corona-Impfpflicht gescheitert. Der Gruppenantrag, der sich für eine Impfpflicht ab 60 Jahren sowie eine verpflichtende Beratung ab 18 Jahren aussprach, fiel bei den Abgeordneten im Deutschen Bundestag durch. Ebenfalls keine Mehrheit fand der Antrag der Union, der keine Impfpflicht, sondern einen gestaffelten Impfmehanismus vorsah. Auch abgelehnt wurden der Gruppenantrag rund um den Abgeordneten Wolfgang Kubicki sowie der Antrag der AfD, die sich gegen eine Impfpflicht aussprachen.

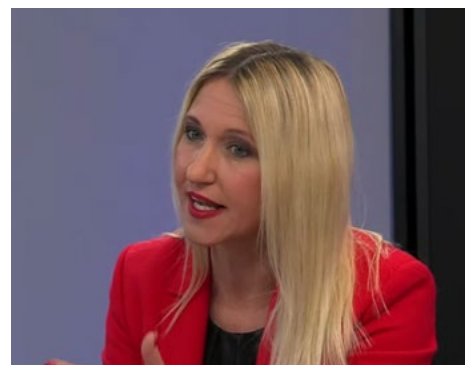
Wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert in der Fernsehsendung „Viertel nach Acht“ des Senders BILD TV ausführte, sei sie unfassbar enttäuscht darüber, dass die Ampel bei derart wichtigen Entscheidung selbst nur parteitaktisch agiere, keine eigene Lösung zustande bringe und der Union dann auch noch den Schwarzen Peter zuschieben wolle.

zu entsprechen, welche derzeit die Einführung einer Impfpflicht schlichtweg nicht ermöglichen“, so Launert.

Fakt sei, so die Abgeordnete weiter, dass der Deutsche Bundestag die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhalten müsse. Und das hieße in der Konsequenz, dass die Union einer Impfpflicht – ob allgemein ab 18 Jahren oder ab 60 Jahren – in der aktuellen Situation nicht zustimmen könne, da die Einführung einer Impfpflicht der Ansicht der Unionsabgeordneten nach gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen würde. „Denn Omikron hat die Lage verändert. Eine Überlastung des Gesundheitssystems besteht aktuell nicht. Zudem käme eine Impfpflicht zur Bekämpfung der Omikron-Variante ohnehin zu spät. Hinzu kommt, dass die Einführung einer Impfpflicht auch deshalb unverhältnismäßig wäre, da eine Maskenpflicht, welche von der Ampel gerade erst weitestgehend abgeschafft wurde, ein milderes Mittel darstellen würde“, begründet Launert die Haltung von

CDU und CSU. Ferner wisse man noch nicht, auf welche Art und Weise das Virus weiter mutieren werde und ob, beziehungsweise inwieweit, die zur Verfügung stehenden Impfstoffe schützen würden. Daher sehe der Unionsvorschlag einen gestaffelten Impfmehanismus vor,

der durch den Bundestag erst aktiviert werden müsse – wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen würden, also wenn die Kliniken volllaufen, wenn eine gefährliche Mutation vorliegt und wenn es einen Impfstoff gäbe, der auch gegen die neue Mutation schützen würde. Zudem fordere die Fraktion in ihrem Antrag die Einrichtung eines Impfregisters, ohne das eine Impfpflicht ins Leere laufen würde. „Mit unserem Antrag haben wir, entgegen der respektlosen Äußerungen aus der Ampel-Koalition, ganz klar gezeigt: Wir stehen zu unserer Verantwortung!“, hob Launert abschließend hervor.



der durch den Bundestag erst aktiviert werden müsse – wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen würden, also wenn die Kliniken volllaufen, wenn eine gefährliche Mutation vorliegt und wenn es einen Impfstoff gäbe, der auch gegen die neue Mutation schützen würde. Zudem fordere die Fraktion in ihrem Antrag die Einrichtung eines Impfregisters, ohne das eine Impfpflicht ins Leere laufen würde. „Mit unserem Antrag haben wir, entgegen der respektlosen Äußerungen aus der Ampel-Koalition, ganz klar gezeigt: Wir stehen zu unserer Verantwortung!“, hob Launert abschließend hervor.

Girls-Day im Bundestag bei Dr. Silke Launert



Berlin/Forchheim. Zum Girls-Day nach Berlin und einen Tag lang in den Alltag einer Bundestagsabgeordneten schnuppern – dieser Wunsch ist für Katharina Hebindanz und Patricia Nebe aus dem Landkreis Forchheim am 28. April 2022, dem offiziellen Girls-Day, in Erfüllung gegangen. Die Mädchen besuchten den Deutschen Bundestag und durften Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert einen Tag lang begleiten. Die 10 Teilnehmerinnen, die aus ganz Deutschland kamen, erwarteten ein besonderes Programm der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und tiefe Einblicke in die Bundespolitik.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Mechthild Heil, folgte eine Diskussion mit Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas. Dabei erfuhren die Mädchen, dass Frau Magwas als Mutter täglich den Spagat zwischen Beruf und Familie erfolgreich meistert. „Mitreden, mitgestalten und den Respekt als Frau in der Gesellschaft wahrnehmen, das treibt mich täglich an“, sagte die Vizepräsidentin.

Bei der anschließenden Besichtigung der Reichstagskuppel begegneten den Mädchen einige bekannte Bundespolitiker. Die Plenarsitzung war spannend und informativ und bot gute Einblicke in den Alltag eines Bundespolitikers. Zum Mittagessen traf man sich mit der Gruppe der Frauen aus dem Bundestag in der Parlamentarischen Gesellschaft. Mit den Politikerinnen führten die jungen Damen viele gute Gespräche und konnten alle Fragen stellen, die kompetent beantwortet wurden.

Anschließend wurde die Online-Kommunikation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgestellt. Abschließend fand noch ein Gespräch mit dem Abgeordneten Dr. Markus Reichel statt. Er gab Informationen und Einblicke über die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und die Arbeit einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro.

Dr. Silke Launert empfing die Mädchen aus ihrem Wahlkreis im Anschluss in ihrem Büro und erklärte die Zusammensetzung des Bundestages, die Aufgaben der Regierung sowie der Opposition und gab beim anschließenden gemeinsamen Abendessen Einblick in ihren Alltag als Abgeordnete. Für die Mädchen aus dem Landkreis Forchheim war es ein spannender, informativer und interessanter Girls-Day. Auch nächstes Jahr gibt es diese Möglichkeit für Mädchen aus dem Landkreis wieder. Hierzu informieren die örtliche Kreisfrauenunion Forchheim sowie Dr. Silke Launert auf ihren jeweiligen Internetseiten bzw. bei Facebook und Instagram rechtzeitig.

Nachhaltige Impulse für den Einzelhandel und unsere Innenstädte



Berlin. Was wären unsere Innenstädte und Fußgängerzonen ohne den Einzelhandel? Es ist das persönliche Aufeinandertreffen, es sind die kurzen Gespräche, die das Einkaufen vor Ort zu etwas Besonderem machen. Für die Union ist klar: Die Einzelhändler müssen unterstützt werden! Denn die Zeiten für die zumeist kleineren Unternehmen in unseren Innenstädten sind keine einfachen: Erst die Corona-Krise, die hierdurch vorangetriebene Ausbreitung des Online-Handels, jetzt Lieferengpässe und Preissteigerungen. Das Gesamtkonzept, welches CDU und CSU vorgelegt haben, sieht ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor, um eine spürbare Entlastung zu schaffen und die Lebendigkeit der Innenstädte für die Zukunft zu sichern. Dazu gehören unter anderem eine Ausweitung der steuerlichen Verlustverrechnung, einfachere und zügigere Genehmigungen der eigenen Geschäftstätigkeit, baurechtliche Vereinfachungen, die Auflegung eines Innenstadt- und Ortskernfonds, mit welchem innovative Projekte zur Reaktivierung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Ortskernen unterstützt werden, sowie Smart-City-Ansätze und die Schaffung regionaler Marktplätze.

Kleineren Wasserkraftwerken droht das Aus – Silke Launert: „Bundesregierung sendet das völlig falsche Signal!“



Berlin. Anfang April 2022 wurde im Bundeskabinett der Gesetzesentwurf zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2023 behandelt. Demnach droht die Einspeisevergütung für kleine Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von weniger als 500 kW zukünftig zu entfallen. Als einzige erneuerbare Energiequelle soll die Wasserkraft zudem nicht mehr als im öffentlichen Interesse liegend definiert werden. Zahlreiche Betreiber kleiner Wasserkraftwerke aus der Region machten die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert per E-Mail und per Brief auf diese Schlechterstellung der kleinen Wasserkraft aufmerksam. Die Abgeordnete führte daraufhin zahlreiche Gespräche mit Betroffenen, unter anderem mit Anlagenbetreibern aus Gefrees, Heinersreuth, Bayreuth sowie mit Betroffenen aus dem Landkreis Kulmbach und dem Landkreis Forchheim. Launert setzt sich nun für eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen ein und hat sich hierfür unter anderem auch schon an die zuständigen Stellen in Berlin gewandt.

„Die Änderungsvorschläge sind ein völlig falsches Signal in Anbetracht der aktuellen Energieversorgungslage in Deutschland und sowohl für die Wasserkraft, als auch für die Klimaneutralität kontraproduktiv!“, so die klaren Worte der Abgeordneten.

Es sei unglaublich auf der einen Seite zu sagen, dass gerade in der jetzigen Versorgungskrise jede Kilowattstunde zähle – auf der anderen Seite stelle der Bundesgesetzgeber aber rund 90 % des Wasserkraftanlagenbestandes mit seinen Vorschlägen vor das langfristige Aus. Besonders Bayern würden diese Pläne hart treffen. Hier stehen mehr als die Hälfte der Wasserkraftanlagen Deutschlands. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz begründet die Änderung völlig unverständlich mit dem Schutz der Umwelt: Kleine Wasserkraftanlagen seien gewässerökologisch nicht verträglich und hätten schädliche Auswirkungen.

Für Launert wäre die Abschaffung der Einspeisevergütung aber das genaue Gegenteil von Umweltschutz. Sie sieht die Wasserkraftwerke in Bayern als Kulturgut und bodenständige Traditions-Energiequelle:

„Die Wasserkraft ist eine sichere und grundlastfähige Energiequelle, die einen wertvollen Beitrag zur regionalen Umsetzung des Klimaschutzes und der Energiewende leistet und im Sinne der klimaneutralen Energiegewinnung weiter gefördert werden muss! Die bestehenden Wasserkraftanlagen unserer Region bestehen zum Teil über hunderte von Jahren. Ein Betroffener berichtete mir, dass seine Mühle seit über 400 Jahren betrieben werde und in all den früheren Jahren hatte das keine negativen Auswirkungen auf den Fischbestand. Die Wasserkraft ist grundlastfähig, das heißt, unabhängig von sich veränderndem Wind beziehungsweise Sonne! Leider fahren die Grünen wieder einmal einen ideologischen - und die Ungleichbehandlung beim öffentlichen Interesse nicht zu rechtfertigenden - Kurs! Eine echte Gefahr für unser Kulturgut, zugleich aber auch eine Schwächung der Energiewende!“

Unverständnis bei den Betreibern kleiner Wasserkraftanlagen



Heinersreuth. Um sich auch vor Ort mit betroffenen Besitzern auszutauschen, fand am 23. Mai ein Termin in Heinersreuth statt. Die Botschaft an diesem Abend war klar: Der Entwurf zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) muss nach der 1. Lesung im Gesetzgebungsverfahren nachgebessert werden! Auf Einladung der Bürgermeisterin von Heinersreuth Simone Kirschner diskutierten Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und weitere Vertreter aus Politik, darunter Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer, mit Wasserkraftbetreibern, aber auch Fischereivertretern und Vertretern des Wasserwirtschaftsamtes über die Akzeptanz der kleinen Wasserkraft bei der Wiesenmühle von Fritz Linhardt in Unterkonnorsreuth. Einigkeit bestand: Für eine erfolgreiche Energiewende sollten alle regenerativen – und im Fall der Wasserkraft sogar grundlastfähigen – Formen der Energiegewinnung genutzt werden und nicht – wie im Endentwurf der EEG-Reform – die kleine Wasserkraft so benachteiligt werden. Klar wurde dabei auch, die Fischerei ist nicht Gegner der Wasserkraft, viele Auswirkungen müssten jedoch noch erforscht werden. Daher liegt es Launert besonders am Herzen, dass sich alle Betroffenen zusammensetzen, miteinander reden und die Forderungen genau zu definieren. Dem stimmte auch Brendel-Fischer zu: Gute Argumente austauschen und sich in der Mitte treffen, schlug die Landtagsabgeordnete dementsprechend vor und betonte, dass man im Bayerischen Wirtschaftsministerium und der CSU-Fraktion mit einer Bundesratsinitiative darauf dringen will, den Gesetzentwurf zu überarbeiten.



Bundestagsabgeordnete Silke Launert fordert Sanktionen gegen Schröder



Foto: Olycom/Stockphoto.com

Berlin. Seit Ausbruch des Ukraine-Krieges steht Altkanzler Gerhard Schröder massiv in der Kritik. Trotz des Angriffs Russlands weigerte sich der SPD-Mann lange Zeit, sich von seinen Posten bei russischen Energieunternehmen trennen – auch nicht nachdem der russische Öl-Konzern Gazprom die Lieferungen nach Polen und Bulgarien wie angekündigt tatsächlich eingestellt hat. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zeigte sich fassungslos:

„Gazprom stellt die Gaslieferungen an Polen und Bulgarien vertragswidrig ein! Das ist nicht nur ein Erpressungsversuch sondern schon eine halbe Kriegserklärung. Wer die russische Propaganda an die eigene Bevölkerung verfolgt, weiß, dass Putin der Bevölkerung einredet, man befinde sich schon im Krieg mit der NATO. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die SPD nicht endlich Gerhard Schröder von der Partei ausschließt. Auch müssen die Zahlungen des Bundes für den Ex-Kanzler (bei der Mitverantwortung an solchen Aktionen) unverzüglich erheblich reduziert bzw. ganz eingestellt werden!“

Ende Mai gab der Altkanzler nun bekannt, den Aufsichtsrat beim russischen Ölkonzern Rosneft zu verlassen. Im Rahmen der Beratungen des Haushaltsausschusses über den Bundeshaushalt 2022 wurden dem SPD-Altkanzler zudem die Gelder für sein Büro und seine Mitarbeiter gestrichen. Eine richtige Entscheidung, findet auch die Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert. „Der Beschluss des Haushaltsausschusses ist konsequent und richtig. Der Druck, den wir als Unionsfraktion auf die Ampel ausgeübt haben, hat sich zum Glück ausgezahlt. Was den Rückzug Schröders von seinem Aufsichtsratsposten bei Rosneft betrifft, so kommt dieser erstens viel zu spät und zweitens reicht dieser Schritt bei Weitem nicht aus! Wenn er es wirklich ernst meint, muss er auch alle anderen Tätigkeiten für russische Konzerne beenden! Alles andere ist nämlich weder konsequent noch glaubwürdig!“

So viele politisch motivierte Straftaten wie nie zuvor

Berlin. Die Zahlen sind alarmierend: Noch nie zuvor wurden so viele politisch motivierte Straftaten registriert wie im vergangenen Jahr. Insgesamt 55.048 Straftaten zählten die Strafverfolgungsbehörden. Das sind **rund 23 Prozent mehr als im Jahr zuvor**. Der mit Abstand größte Anstieg war bei solchen Straftaten zu verzeichnen, die vonseiten der Polizei keiner speziellen Ideologie zugeordnet wurden, die also weder als rechts, links oder religiös zu qualifizieren waren. Ebenfalls stark zugenommen hat die **Anzahl der Straftaten gegen den Staat und seine Vertreter**. Insgesamt ist in diesem Bereich ein **Plus von rund 51 Prozent** festzustellen. 14.000 Straftaten hat die Polizei in diesem Deliktsfeld registriert. Um rund 29 Prozent stieg auch die Zahl der antisemitischen Delikte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion äußerte sich besorgt über diese Entwicklung und fordert ein konsequentes Vorgehen gegen sämtliche Formen politisch motivierter Kriminalität.

In dem von ihr Mitte Mai vorgestellten Antrag hält die Fraktion fest, dass der Rechtsextremismus derzeit ohne Zweifel die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt und erwähnt in diesem beispielhaft die NSU-Morde, den Mord an Dr. Walter Lübcke sowie die Anschläge von Halle und Hanau. Den Mitte März vorgestellten zehn Punkt umfassenden Aktionsplan der Bundesregierung, welcher auf dem von der unionsgeführten Bundesregierung erarbeiteten 89-Punkte-Plan von Ende 2020 aufbaut, unterstützt die Union ausdrücklich.

Zugleich kritisieren CDU und CSU aber, dass die Bundesregierung nicht alle Formen des Extremismus in den Blick nehme. Zum staatlichen Schutzauftrag gehöre zum einen ein 360-Grad-Blick, der die Bevölkerung in gleichem Maße vor den erheblichen Gefahren des extremistischen Islamismus sowie vor dem zunehmenden radikalen Linksextremismus bewahre. „**Durch die sehr einseitige Schwerpunktsetzung der Bundesminister gerät der Kampf gegen politischen Extremismus insgesamt in eine Schieflage und es droht der Eindruck, dass der Kampf gegen Islamismus und Linksextremismus in den Hintergrund tritt.**“

In ihrem Antrag fordert die Union die Bundesregierung unter anderem dazu auf,

- > einen **Aktionsplan gegen islamistischen Terrorismus und Politischen Islamismus** vorzulegen
- > einen **Aktionsplan gegen Linksextremismus** zu erarbeiten
- > dem **Bundesamt für Verfassungsschutz** unter verpflichtender Mitwirkung von Telekommunikationsanbietern die **Überwachung der Kommunikation von Terroristen und Extremisten** zu ermöglichen
- > Effektive **Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörden zur Aufdeckung von Finanzströmen** in Moscheevereinen und anderen religiösen oder kulturellen Zentren, die als **Ausgangspunkte des Politischen Islamismus** in Deutschland gelten, zu ergreifen
- > dem **Bundeskriminalamt** zur Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus endlich auch die dem Bundesamt für Verfassungsschutz bereits eingeräumte **Befugnis zur Überwachung der Telekommunikation** (z.B. WhatsApp- oder Telegramm- Nachrichten) zur Verfügung zu stellen.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, welche die CSU im Innenausschuss vertritt, fordert ein konsequentes Handeln: „**Wir müssen politischen Extremismus an allen Ecken und Enden bekämpfen - ganz gleich, von welcher Seite her er kommt! Die Bundesinnenministerin scheint aber nach wie vor auf dem linken Auge blind zu sein. Die Bundesregierung, allen voran Bundesinnenministerin Faeser, muss endlich erkennen, dass auch von anderen Seiten her große Gefahren drohen! Zudem der klare Appell: Wenn Sie glaubwürdig sein wollen, geben Sie unseren Sicherheitsbehörden endlich die Werkzeuge an die Hand, mit welchen sie Extremisten wirksam bekämpfen können anstatt immer weiter Befugnisse zu beschränken!**“

Null Toleranz gegenüber kriminellen Clans

Berlin. Kriminelle Clans fordern den Rechtsstaat immer wieder aufs Neue heraus. Wie lässt sich ihnen am effektivsten begegnen? Welche Strategie ist besonders erfolgsversprechend? Unter anderem um diese Fragen ging es in einer Plenardebatte Mitte Mai im Deutschen Bundestag. „**Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar! Nicht eine Gruppe entscheidet, was Recht und Gesetz ist. Für die Verfolgung von Straftaten ist der Staat zuständig!**“, so die deutlichen Worte der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Silke Launert in ihrer Plenarrede. Die Botschaft des Rechtsstaates müsse unmissverständlich sein: **Null Toleranz gegenüber rechtsfreien Räumen, null Toleranz gegenüber kriminellen Parallelgesellschaften sowie null Toleranz gegenüber einer Politik des Wegschauens**, so die Abgeordnete.

Auch wenn der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität Kraft, Ausdauer und Geduld koste, dürften der Staat und seine Institutionen nicht müde werden, die kriminellen Netzwerke systematisch zu stören. „**Das Schlimmste, was der Rechtsstaat tun kann, ist, wegzuschauen. Sei es aus falsch verstandener Toleranz, sei es aus Resignation, sei es aus Erschöpfung**“, so Launert, welche vor ihrer Zeit als Abgeordnete als Staatsanwältin tätig war. Nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Rechtsbrüche müssten konsequent verfolgt werden. Dass diese „Politik der tausend Nadelstiche“ zum Erfolg führe, zeige etwa die Erfahrung aus NRW.

Darüber hinaus forderte Launert die Ampel-Koalition auf, die Politik der unionsgeführten Vorgängerregierung fortzusetzen und auch weiterhin verstärkt in die Polizei zu investieren. „**Was nützt es, wenn wir uns die Verfolgung vornehmen, wir aber nicht das Personal dafür haben?**“ Zugleich betonte die Abgeordnete die Bedeutung der den Polizeibeamtinnen und -beamten entgegengebrachten Wertschätzung und kritisierte, dass der Koalitionsvertrag der Ampel ebendiese Wertschätzung gerade nicht zeige.

Pflegebonus: Union fordert Ausweitung auf Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte sowie Mitarbeiter im Rettungsdienst



Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Mitte Mai mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen einen steuer- und beitragsfreien Pflegebonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen beschlossen. Insgesamt werden für den Corona-Pflegebonus eine Milliarde Euro bereitgestellt. 500 Millionen Euro sind für Prämienzahlungen in Krankenhäusern und 500 Millionen Euro für Prämien in der Langzeitpflege vorgesehen. Mittel für die Prämienzahlung erhalten diejenigen Kliniken, welche im vergangenen Jahr besonders viele Patienten behandelt haben, die beatmet werden mussten. Ausgezahlt werden sollen die Gelder an Pflegekräfte, die in die unmittelbare Patientenversorgung involviert waren. Darüber hinaus erhalten den Bonus Beschäftigte in der Alten- und Langzeitpflege, die im Bemessungszeitraum vom 1. November 2020 bis 30. Juni 2022 für mindestens drei Monate beschäftigt waren und am 30. Juni 2022 noch beschäftigt sind. Von der maximal 550 Euro betragenden und nach Qualifikation, Arbeitszeit sowie Nähe zur Versorgung gestaffelten Sonderzahlung profitieren neben den Vollzeitbeschäftigten in der direkten Pflege und Betreuung auch andere Beschäftigte, wie Auszubildende und Freiwilligendienstleistende. In der Alten- und Langzeitpflege soll der Bonus bis spätestens Ende des Jahres ausbezahlt werden.

Der Unionsfraktion geht dieser Bonus indes nicht weit genug. Sie fordert die Ausweitung der Sonderzahlung auf weitere Berufsgruppen im Gesundheitssystem. Neben den Bonuszahlungen für Pflegekräfte sollen Boni von mindestens 500 Euro auch für Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte sowie für Mitarbeiter im Rettungsdienst auf den Weg gebracht werden. „**Die rund 369.000 Medizinischen Fachangestellten und 203.000 Zahnmedizinischen Fachangestellten haben während der Corona-Pandemie unter großem persönlichen Risiko nicht nur den regulären Betrieb in den ambulanten Praxen aufrecht erhalten, sondern darüber hinaus wesentlich zum Erfolg der Impfkampagne gegen SARS-CoV-2 beigetragen (...)** Nicht zuletzt haben sie mit unermüdlichem Einsatz die Betreuung und Versorgung coronapositiver Patientinnen und Patienten sichergestellt und damit die Krankenhäuser und deren Notaufnahmen entlastet (...) Es ist deshalb notwendig, dass der Bund als Zeichen der Wertschätzung ihrer erbrachten Leistung und Leistungsbereitschaft in der Corona-Pandemiebekämpfung eine umfassende, bundesweite Bonusregelung beschließt“, führt die Union in ihrem Antrag aus. Des Weiteren fordern CDU und CSU die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich eine flächendeckende Regelung zur vollständigen Refinanzierung von Tarifabschlüssen der Medizinischen Fachangestellten durch die Kostenträger zu beschließen und unverzüglich einen Bund-Länder-Gipfel zur Neuordnung des Ausbildungsberufs zu Medizinischen Fachangestellten einzuberufen und die Berufsordnung noch im Jahr 2022 zu reformieren.

Kulturhistorischer und touristischer Schatz: Launert setzt sich für Bundesfördermittel für Pfarrkirche Nankendorf ein



Nankendorf. Fast 275 Jahre alt, denkmalgeschützt und sanierungsbedürftig: Zum 275. Jubiläum im Jahr 2023 plant die Kirchenstiftung für die Pfarrkirche St. Martinus eine umfassende Innensanierung für rund 470.000 Euro. Da erst vor einigen Jahren das Dach kostenaufwendig für ebenfalls 470.000 Euro saniert wurde, ist die Kirchenstiftung nun dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Kurz vor der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses im Bundestag sah sich Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Haushaltsausschuss Dr. Silke Launert die sanierungsbedürftige Kirche und geplante Maßnahme an, um sich für eine Bundesförderung stark zu machen.

Nach der Dachsanierung 2015/2016 soll wegen erheblicher Schäden noch in diesem Jahr mit der Innensanierung begonnen werden. Geplant ist unter anderem die Instandsetzung der Aus-

stattung (Hauptaltar, Empore, Ambo, Kanzel), Reinigung und Retusche der 16 barocken und gotischen Skulpturen, Restaurierung der Kreuzwegstationen und Altarblätter sowie die Überarbeitung des Laiengestühls.

Von den Gesamtkosten von rund 470.000 Euro bliebe der Kirchenstiftung nach Abzug der bereits angefragten Fördermittel durch Kommunen und bayerischen Stiftungen ein Eigenanteil in Höhe von 78.570 Euro. Nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen muss die Kirchenstiftung einen Mindest-Eigenanteil in Höhe von 10 Prozent, 47.000 Euro, erbringen. Aufgrund ebendieses Eigenanteils wird um Bundesmittel in Höhe von 31.570 Euro gebeten.

Launert sieht die Maßnahme als besonders unterstützungswürdig an. Insbesondere der Ausstattung komme eine hohe Wertigkeit zu. „Tou-

ristisch hat die Pfarrkirche Nankendorf nicht zuletzt wegen der jährlichen Lichterprozession zum Jahresabschluss Strahlkraft über Oberfranken hinaus.“

Anfang Mai haben die Abgeordnete und die Verantwortlichen vor Ort dem in Berlin inhaltlich zuständigen Haushälter der Sozialdemokraten, Andreas Schwarz, das Vorhaben per Videokonferenz vorgestellt und ihm angeboten, sich die Pfarrkirche im Rahmen eines persönlichen Besuches anzuschauen.

Launert beteuerte anschließend erneut, sich mit Herzblut dafür einzusetzen, dass die Pfarrkirche die erforderliche finanzielle Unterstützung erhalte.

Feierliche Begrüßung der ersten Studierenden am Medizincampus Oberfranken



Bayreuth. Am 4. Mai war es soweit: Die ersten Medizinstudierenden der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) wurden am Medizincampus Oberfranken in Bayreuth feierlich begrüßt. Zu der Feier eingeladen waren neben den Studierenden und Vertretern der Universitäten zahlreiche Ehrengäste. Nach der Begrüßung durch den Ersten Prodekan Prof. Dr. Klaus Überla und einer Videobotschaft des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst, Markus Blume, richteten unter anderem der Präsident der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Joachim Hornegger, die Kanzlerin der Universität Bayreuth, Dr. Nicole Kaiser, sowie Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender Thomas Ebersberger Worte an die Studierenden und weiteren Anwesenden. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm an der Veranstaltung teil: „Ein ganz herzliches Willkommen hier in Bayreuth an alle Studentinnen und Studenten! Ich freue mich wirklich sehr, dass dieses Herzensprojekt jetzt ganz offiziell den Betrieb aufgenommen hat. Ein Projekt, das nicht nur für die Stadt, sondern für die ganze Region von immenser Bedeutung ist. Bekämpfung des Ärztemangels auf dem Land, Verbesserung der allgemeinen Gesundheitsversorgung in der Region sowie die Stärkung des Gesundheits- und Wissenschaftsstandortes Bayreuth: All diese Ziele verfolgt der MCO und ich bin mir sicher, wir werden schon bald eine positive Entwicklung sehen!“

Zu Hintergrund: Bei dem Medizincampus handelt es sich um ein innovatives Kooperationsprojekt der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen (FAU), des Universitätsklinikums Erlangen, der Klinikum Bayreuth GmbH und der Universität Bayreuth unter Federführung der Medizinischen Fakultät der FAU. Das Konzept sieht vor, dass die Studierenden des neuen Studiengangs „Humanmedizin Erlangen-Nürnberg/Bayreuth“ zunächst in Erlangen ihre ersten Semester absolvieren, ehe sie dann zum sechsten Semester in die klinische Phase nach Bayreuth wechseln. Die Verwirklichung dieses zukunftssträchtigen Vorhabens ist insbesondere dem starken Einsatz der Landtagsabgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, der bayerischen Gesundheitsministerin Melanie Huml, der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert und vor allem dem damaligen Finanzminister Dr. Markus Söder, der die Gelder während seiner Amtszeit freigegeben hat, zu verdanken.



Sanierungsstau: WWG darf nicht vergessen werden



Bayreuth Nasse Fenster, feuchte Stellen an den Wänden und Schimmel: Das Wirtschaftswissenschaftliche Gymnasium Bayreuth (WWG) hat seine besten Jahre hinter sich. Gebaut 1972 ist das Schulhaus mittlerweile stark sanierungsbedürftig. Das weiß Schulleiter Martin Schmidt und das weiß die Stadt, die für das einzige sich in kommunaler Hand befindliche Gymnasium verantwortlich ist. Bis sich etwas tut, dürften aber wohl Jahre vergehen. Sehr zum Unmut von Schmidt, dem bewusst ist, dass es viele Baustellen in der Stadt gibt, der sich aber dennoch wünscht, dass das WWG nicht vergessen wird und wenigstens die Planungen der Sanierung weiter voranschreiten können. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die auch Mitglied im Stadtrat Bayreuth ist, besuchte das Gymnasium vor kurzem, um sich das marode Gebäude und die Probleme näher anzusehen. Außerdem nutzte Launert das Treffen für einen längst geplanten Antrittsbesuch. Schmidt ist nämlich erst seit dem Schuljahr 2021/2022 Rektor der Schule. Zuvor war der ehemalige Abiturient des WWG viele Jahre lang stellvertretender Schulleiter.

Die Schule liegt Schmidt auch vor diesem Hintergrund ganz besonders am Herzen. Umso mehr liegt ihm daran, dass das Gebäude energetisch saniert wird. Auch wegen der Schüler, die in den zum Teil feuchten Räumen unterrichtet werden. Besonders schlimm sei das Problem im Winter. Die Schule lässt nun eine Messung der Luftfeuchtigkeit durchführen. „Im schlimmsten Fall kommt dabei heraus, dass wir einige Klassenzimmer schließen müssen“, sagte der Schulleiter. Dann bekäme Schmidt ein Platzproblem.

Da das Gymnasium eine kommunale Schule ist, wünscht sich Schmidt, dass die Stadt ein Zeichen setzt und die Sanierungspläne nicht in irgendeiner Schublade vergisst oder die Maßnahme auf der Prioritätenliste noch weiter nach hinten rutscht. Zumal das WWG auch für die Öffentlichkeit eine wichtige Rolle spielt. Im Schulgebäude finden nicht nur Kurse der Volkshochschule statt, auch das Jugend-Festspieltreffen wird im WWG abgehalten. Zwar sei immer wieder mal etwas gemacht worden und kleinere Arbeiten seien durchgeführt worden, Schmidt wünscht sich aber den ganz großen Wurf. „Das Gebäude wird ja auch nicht besser“, sagte er und zeigte Launert Stockflecken an den Fenstern in der Toilette und an Wänden.

Für ihn und seine Kollegen stehen die Schüler im Mittelpunkt und die sollen sich an der Schule wohlfühlen. Dafür tut das WWG einiges, hat eine Fußballklasse, eine Fit-for-Life-Klasse oder eine English-Conversation-Klasse als besondere Angebote. Außerdem kooperiert die Schule mit der Spielvereinigung, um junge Sporttalente zu fördern und durch die bessere Förderung in der Stadt zu halten.

Inflation und Nachwuchsprobleme - Austausch zur Betreuungsrechtsreform



Mit Peter Berger (links) und Uwe Winkler (rechts) tauschte sich Bundestagsabgeordnete Silke Launert über die bevorstehende Betreuungsrechtsreform aus.

Bayreuth Am 1. Januar des kommenden Jahres tritt sie in Kraft – die Betreuungsrechtsreform 2023. Ziel der Reform ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen zu stärken und zugleich die Qualität der gesetzlichen Betreuung zu verbessern. Um über die Auswirkungen der Neuregelung sowie die bestehenden Herausforderungen im Bereich der Betreuung zu diskutieren, traf sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und ehemalige Betreuungsrichterin Silke Launert Anfang Mai mit dem Berufsbetreuer Uwe Winkler, der ehemaligen Landessprecherin Brigitte May sowie Peter Berger vom Berufsverband der Betreuer. Positiv herausgestellt wurde im Rahmen des Austausches, dass die für die nachzuweisende Qualifikation erforderlichen Module leichter anerkannt würden und die entsprechenden Kriterien vereinheitlicht würden. Allerdings, so hoben Winkler und Berger hervor, stehe man immer noch vor dem enormen Problem des Fachkräftemangels. Es gäbe zu wenige Nachwuchskräfte. Dabei sei man auf diese dringend angewiesen. Darüber hinaus, so die Fachexperten, müsse dringend ein Inflationsausgleich in Bezug auf die Vergütung vorgenommen werden. Schließlich müsse auch der Mehraufwand, welcher sich bei der Evaluation und Dokumentation ergebe, stärker berücksichtigt werden. Silke Launert bedankte sich bei Uwe Winkler und Peter Berger für den konstruktiven Austausch und versprach, die angesprochenen Punkte an die zuständigen Stellen in Berlin weiterzutragen.

Wunsch nach mehr Unterstützung bei der Versorgung ukrainischer Geflüchteter und Frage nach Radweg

Pretzfeld. Soll der Pretzfelder Ortsteil Wannbach einen neuen Radweg als Lückenschluss zwischen Kirche und Beginn des Radwegs am Ortsausgang bekommen? Mit diesem Thema beschäftigte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert in einem Gespräch vor Ort mit der CSU-Ortsvorsitzenden Diana Könitzer und Gemeinderat Gerhard Mühlhäuser sowie anschließend mit Bürgermeister Steffen Lipfert. Dabei ging es auch um die Frage nach Fördermöglichkeiten. Darüber hinaus kam die Betreuung der jüngst in Pretzfeld angekommenen Flüchtlinge aus der Ukraine zur Sprache.

Nicht unumstritten ist die Frage, ob in Wannbach ein Radweg gebaut werden soll, für welchen fünfzehn alte Birnbäume weichen müssten. Und das, obwohl es einen Gemeinderatsbeschluss gibt, dass der Bau des Radweges weiter verfolgt werden soll und das Geld dafür bereits seit drei Jahren in den Haushalt eingestellt ist. Getan hat sich dennoch nichts. Sehr zum Unmut der Fraktion CSU-Bürgerblock, wie Launert bei dem Treffen mit Diana Könitzer und Gerhard Mühlhäuser erfuhr. Seit mehr als 20 Jahren sei der Radwegbau bereits im Gespräch, sagte Mühlhäuser. Nun habe die Kommune endlich auch das entsprechende Grundstück dafür bekommen – ausschließlich für den Bau des Radweges.



Streitpunkt im Gemeinderat sind die alten Obstbäume, die dafür gefällt werden müssten – eine andere Option gibt es nicht, denn um den Weg parallel der Bäume bauen zu können, fehlen die Grundstücke. Auch Bürgermeister Lipfert bereitet der Gedanke daran, die Bäume einfach zu fällen, Sorgen. Zwar sei ein Baum bereits kaputt und andere kurz davor, aus Gründen des Naturschutzes befürchtet Lipfert

aber einen großen Aufschrei aus der Bevölkerung und von Umweltschützern, der dann auch gemeinsam vom Gemeinderat ausgehalten werden müsse. Er allein wolle seinen Kopf dafür nicht hinhalten, so der Bürgermeister im Gespräch mit Launert.

Lipfert machte deutlich, dass er nicht grundsätzlich gegen den Radweg ist. Er selbst habe für den Beschluss gestimmt. Er stellte jedoch die Frage nach dem Mehrwert des Weges. Zum einen gebe es bereits den Trubachtalradweg, zum anderen könne man den angedachten Neubau nicht als Lückenschluss bezeichnen, da er sich innerorts befände und die Radfahrer nach dem kurzen Stück wieder auf der Straße fahren müssten. Zudem befürchtet Lipfert, dass der Weg als schnellstmögliche Verbindung zwischen Kirche und Friedhof genutzt wird. An sich kein großes Problem, nur gab der Bürgermeister zu bedenken, dass die Fußgänger die Straße am Ortsausgang dann an einer sehr gefährlichen, unübersichtlichen Stelle queren müssten.

Zu den Kosten des Radweges von rund 150.000 Euro kämen so als Sicherheitsmaßnahme Kosten für eine Querungshilfe in Höhe von etwa 50.000 Euro hinzu.

Der Radweg-Bau ist indes nicht Lipferts drängendstes Problem. Um das weitere Vorgehen zu besprechen und sich über Fördermöglichkeiten informieren zu lassen, schlug Launert dennoch vor, die Beteiligten, darunter Vertreter der Gemeinde, das staatliche Bauamt, das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) sowie das Landratsamt, an einen Tisch zu holen.



Der Bürgermeister begrüßte den Vorschlag, viel mehr beschäftigte ihn jedoch ein anderes Thema: Die Versorgung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die seit kurzem in Pretzfeld untergekommen sind. Einen Helferkreis, der sich um Behördengänge und andere tägliche Dinge für die Ukrainer kümmert, gibt es nicht. Deshalb war der Bürgermeister auch schon selbst Lebensmittel einkaufen, um die acht Flüchtlinge, die in einer privat vermieteten Wohnung beim Bahnhof untergekommen sind, zu verpflegen (drei weitere sind in Privathaushalten untergebracht und daher gut versorgt).

Das größte Problem sei, dass die Flüchtlinge noch nicht registriert seien. Wie Launert betonte, sei es das Wichtigste, bei der Ausländerbehörde gemeldet zu sein, auch um ab Juni – wie von der Bundesregierung geplant – Hartz IV zu bekommen. Launert machte den Bürgermeister auch auf eine Facebook-Gruppe aus Bayreuth aufmerksam. Hier seien alle freiwilligen Helfer vernetzt, bekämen Informationen, tauschten sich aus und organisierten Möbel-, Lebensmittelpenden und andere Hilfsgüter.

Um die Probleme vor Ort konkret eruieren und nach Lösungen suchen zu können, suchte Bürgermeister Lipfert nach dem Treffen mit Launert erneut das persönliche Gespräch mit den ukrainischen Flüchtlingen.

1. Mai-Feier Stockau-Lehen

Weidenberg. Nach langer Pause fand sie endlich wieder statt: Die 1. Mai-Feier der Landjugend Stockau-Lehen! Die letzten zwei Jahre musste das traditionelle Maibaumaufstellen coronabedingt leider entfallen. Die traditionsreiche Veranstaltung hatte dabei nicht nur der Landjugend schmerzlich gefehlt, sondern auch den zahlreichen Gästen, die schon seit vielen Jahren an dieser fränkischen Feierlichkeit teilnehmen und ihr jedes Jahr aufs Neue entgegenfiebern. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert war vor Ort und freute sich über den „Neustart“ im Jahr 2022: „Es freut mich wirklich sehr, dass die 1. Mai-Feier wieder stattfinden kann! Ganz herzlichen Dank an all die ehrenamtlichen Helfer, insbesondere an die Landjugend Stockau- Lehen und die tollen Kuchenbäcker, die unsere fränkische Tradition bewahren und fortführen!“



50 Jahre Landkreis Forchheim

Forchheim. Wenn das mal kein Grund zum Feiern ist: Seit nunmehr fünf Jahrzehnten existiert der Landkreis Forchheim in seiner heutigen Gestalt! Mit einem offiziellen Festakt im Sitzungssaal des Landratsamtes wurde dieses besondere Jubiläum Anfang Mai entsprechend zelebriert. Nach einleitenden Worten des Landrates Dr. Hermann Ulm erhielten die Gäste, darunter zahlreiche Bürgermeister des Landkreises sowie weitere Ehrengäste, mithilfe eines eindrucksvollen Festvortrages des Historikers und Zeitzeugen Dr. Dieter George einen Einblick in die spannende Entstehungsgeschichte des Landkreises Forchheim. Im Anschluss an den offiziellen Teil gab es dann noch die Möglichkeit zur Begegnung und zum persönlichen Austausch, welche auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, die ebenfalls vor Ort war, ausgiebig nutzte.



Informativ, gesellig, ernst: Stammtisch der CSU-Ortsverbände des Trubachtales



Hetzelsdorf. Die CSU-Ortsverbände des Trubachtales haben sich Anfang April zum Informationsaustausch in Hetzelsdorf getroffen. Mit dabei war auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die in gemütlicher Runde von ihrer Delegationsreise nach Polen erzählte und mit den Mitgliedern über aktuelle politische Ereignisse diskutierte. Organisiert hatte den Stammtisch Diana Könitzer, Ortsvorsitzende der CSU Pretzfeld.

Großes Thema, das alle beschäftigte, war auch an diesem Abend die Corona-Krise und ihre Folgen sowie die Impfpflichtdebatte. Launert, die Mitglied des Haushaltsausschusses ist, berichtete vom Rekordhaushalt und sagte, die Corona-Krise sei die teuerste aller Zeiten. Bei bester Prognose lägen die Schulden jetzt schon bei 200 Milliarden. Dennoch relativiere sich vieles, wenn man das Leid sehe, das Launert auf ihrer Delegationsreise der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in Polen unter den geflüchteten ukrainischen Frauen gesehen habe. Kurz berichtete die Abgeordnete von den Erlebnissen der Frauen und ihren gebrochenen Seelen, bevor es in diesem Zusammenhang auch um den Ukraine-Krieg im Allgemeinen sowie ein Für und Wider eines Ölembargos ging. Besonders die Energiepreise sowie die Sicherstellung der Versorgung mit Gas und Öl – insbesondere der Industrie auch im Hinblick auf den Kohleausstieg – beschäftigten die CSU-Mitglieder. Einig waren sich alle darin, dass der Ausstieg kommen muss, doch auch Launert sprach sich dafür aus, die Kraftwerke zur Sicherstellung der Versorgung noch ein bisschen länger laufen zu lassen. Immerhin sei die Abschaltung eine politische Entscheidung, keine technische. „Der Transformationsprozess ist ohnehin schon eine enorme Herausforderung. Jetzt umso mehr“, sagte die Bundestagsabgeordnete.

Im Anschluss diskutierte Launert mit den Mitgliedern in geselliger Runde und kleinen Gruppen verschiedene Themen und persönliche Anliegen. Am Ende stand für alle fest: Ein regelmäßiger Austausch ist wichtig und hat nach so langer Zeit gefehlt.

Bürgergespräch: Unterstützung für gekündigte Mieter in Ebermannstadt



Ebermannstadt. Zuhören und vor Ort sein machen einen Großteil der Arbeit von Bundestagsabgeordneter Dr. Silke Launert im Wahlkreis aus. Weil mehreren Mietern in der Joseph-Otto-Kolb-Straße in Ebermannstadt vom neuen Besitzer der früheren Sozialbauten, der CTReal, gekündigt wurde, besuchte Launert einige Bewohner, um ihre Geschichte zu hören und sie zu unterstützen. Die Häuser sollen saniert und anschließend für 99.000 bis 220.000 Euro wieder verkauft werden.

Verzweifelt, weil sie ihr zu Hause verlieren, wandten sich die Mieter an die lokale Presse und an die Politik, von der sich die Bewohner – ebenso wie von der Stadt – alleine gelassen fühlen. Bundestagsabgeordnete Launert war die einzige Vertreterin aus der Politik, die sich bei den Mietern umgesehen hat.

„Wir sind dankbar, dass sich wenigstens eine blicken lässt, auch wenn es nicht viel bringen mag“, sagte ein Bewohner und zeigte Launert einen Parkplatz, der den Mietern zuerst gekündigt und sogar abgesperrt wurde. Als regelrechtes Mobbing bezeichnete eine andere Bewohnerin das Vorgehen der CTReal und erzählte weiter, dass drei Monate vor der Kündigung die Miete erhöht worden sei und die Hausmeisterarbeiten bei gleichbleibenden Nebenkosten eingestellt worden seien.

„Es ist erschreckend, wie das mit den Sozialwohnungen in der Praxis läuft. Das hier ist ein menschlicher Skandal“, sagte die Bundestagsabgeordnete und erklärte aber auch, dass der Staat nicht genügend Geld zur Verfügung habe, um für alle Wohnungen zu bauen und in diesem Fall rechtlich dem Anschein nach alles richtig laufe. Launert postete nach dem Gespräch in den Sozialen Medien einen Aufruf. Wer eine geeignete und vor allem günstige Wohnung im Raum Forchheim für die Betroffenen zu vermieten habe, solle sich gerne melden.

Landkreismagazin „rundum“ geht an den Start

Emtmannsberg. Der Landkreis Bayreuth hat sein eigenes Magazin! In „rundum“ bekommen die Leserinnen und Leser einen vielseitigen Einblick in das Leben im Landkreis. Wie lebt es sich hier? Welche Ecken gibt es zu entdecken? Warum muss man unbedingt das Fichtelgebirge und die Fränkische Schweiz besucht haben? Und was macht den Landkreis zur perfekten Heimat für Gründerinnen und Gründer? All diese Fragen und noch viel mehr beantwortet das erste Magazin des Landkreises auf über 100 Seiten. Zum Kickoff-Event im Schlosshof Emtmannsberg ist Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert gerne gekommen, um mit Landrat Florian Wiedemann, zahlreichen Kreisräten und Bürgermeistern sowie dem Projektteam von GKM Medien rund um Unternehmenschef Jörg Lichtenegger die offizielle Veröffentlichung des Magazins zu feiern.

Das „rundum“-Magazin soll jährlich erscheinen und wird unter anderem über Kommunen, Einzelhandel, Hotellerie, Gastronomie, Touristinformationen und weiteren publikumsintensiven Stellen erhältlich sein. Außerdem steht das Magazin online unter www.rundum-magazin.de zur Verfügung.



EU-Projekttag an Schulen – Frage-Antwort-Runde mit Schülerinnen und Schülern



Bayreuth Bereits seit 2007 führt die Bundesregierung jährlich den „EU-Projekttag an Schulen“ durch.

Das Format verfolgt das Ziel, das für Deutschland so wichtige Thema „Europa“ bei jungen Menschen präsenter zu machen. Aus diesem Grund besuchte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert am 25. Mai gerne Schülerinnen und Schüler im Wahlkreis, um mit ihnen über das Thema zu diskutieren und Fragen rund um Europa, die Arbeit in den vier Ausschüssen der Abgeordneten, aber auch zu anderen politischen und aktuellen Themen, zu beantworten.

„Der Austausch mit den Schulen ist mir so wichtig. Leider war er wegen Corona lange nicht möglich. Umso mehr habe ich mich auf den Projekttag gefreut! Ich hoffe, dass diese Begegnungen nun wieder vermehrt möglich sind“, sagt Launert.

Kommunalkongress der JU Deutschland



Bayreuth. Premiere in Bayreuth: Zum ersten Mal hat Anfang April der Kommunalkongress der JU in Bayreuth stattgefunden. Der stellvertretende JU-Bundesvorsitzende Markus Täuber begrüßte die Teilnehmer beim Übertragungsnetzbetreiber TenneT. Ziel der Veranstaltung war der Austausch von Kommunalpolitikern der JU aus ganz Deutschland. Im Anschluss tagte der Deutschlandrat.

In seinem Grußwort sprach Landesvorsitzender Christian Doleschal über das Verhältnis der JU Bayern zum Rest der JU.

Weiteres Thema waren die Kommunalwahlen. Sie seien klassische JU Wahlen. „Dort kann die JU ihre Kandidaten gut platzieren“, sagte Doleschal ehe er Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, mit den Worten „Er zeigt, wie die Union auch noch Wahlen gewinnen kann!“ anmoderiert.

Haseloff sprach über die Situation in der Ukraine. Deutschland müsse zusammen mit den anderen Ländern den Druck auf Russland erhöhen. „Wir dürfen uns von Putin zudem nicht erpressen lassen.“

Die Situation der Flüchtlingsunterbringung in Deutschland zeige, dass das Ehrenamt und die kommunale Ebene gut funktionieren. „Die Basis der Union ist die Kommunalpolitik. Diese muss auch in Zukunft deutlicher betont werden.“ Aber auch der Bund müsse aktiv werden und die Leute vor Ort besser unterstützen. Im Anschluss folgten eine Diskussionsrunde mit Haseloff sowie ein Workshop der Teilnehmer.



Beim Kommunalkongress der JU (von links): Markus Täuber, Christian Doleschal, Reiner Haseloff und Silke Launert.

Am zweiten Tag des Kongresses kamen Ministerpräsident Markus Söder und Digitalministerin Judith Gerlach nach Bayreuth. Söder sprach zu Corona, Russland, der Ampel-Regierung und dem Thema erneuerbare Energien. In den vergangenen vier Jahren, in denen Söder bayerischer Ministerpräsident ist, sei in Deutschland viel passiert.

Vor allem Corona forderte die Politik: „Wir haben das Land durch diese schweren Zeiten gebracht. Und Leben zu retten ist eben auch die wichtigste Aufgabe der Politik!“ Zum Ukraine-Krieg resümierte Söder: Putin habe die Ukraine und den Westen unterschätzt. „Die Idee der liberalen Demokratie ist stärker als Diktatoren glauben.“

Besuch der Firma Living Logic in Bayreuth



Bayreuth. Ein Terminkalender für das Jugendamt, Müll-Apps oder Plattformen für die Wohnungssuche. Das Bayreuther Unternehmen Living Logic ist immer auf der Suche nach digitalen Lösungen. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert besuchte das Unternehmen Anfang April mit Digitalministerin Judith Gerlach, der Landtagsabgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, dem Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Kreisrat Franc Dierl, dem stellvertretenden Landrat Klaus Bauer, dem stellvertretenden JU-Bundesvorsitzender Markus Täuber und der Kreisrätin Petra Preißinger im Rahmen des JU Kommunalkongresses.

Nach einer kurzen Vorstellung des Living Logic-Teams und der Firma Living Logic AG präsentierte Geschäftsführer Dr. Alois Kastner-Maresch digitale Lösungen des Unternehmens, die vor allem für das Landratsamt Hof erarbeitet wurden. Besonders erwähnenswert seien die zahlreichen Applikationen, die im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015, der Corona-Pandemie seit Anfang 2020 und nun der Ukraine-Geflüchteten erarbeitet wurden. Nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung tauschte sich die Delegation noch tiefgreifender aus.

Für ein Jahr USA! Jetzt für das Parlamentarische Patenschafts-Programm 2023/24 bewerben



Berlin/Bayreuth. Mit dem 40. Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) nach Amerika: Der Bundestag ermöglicht jungen Berufstätigen auch im nächsten Jahr, mit einem Stipendium für ein Jahr in einem amerikanischen Betrieb zu arbeiten und internationale Erfahrungen privat und in der Berufswelt zu sammeln.

Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert macht junge Berufstätige und Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr aus dem Wahlkreis auf die Bewerbungsphase zwischen dem 02.05.2022 und dem 09.09.2022 aufmerksam.

„Das PPP bietet jungen Menschen die Chance, internationale Arbeitserfahrung zu sammeln, die eine Bereicherung für den eigenen Berufsweg sein kann. Gleichzeitig erhalten sie die Möglichkeit, sich auch persönlich weiterzuentwickeln.“

Das Stipendium beinhaltet die Vorbereitung und Betreuung sowie die Programmkosten wie Flug, Versicherung und Unterbringung. Interessierte können sich unter www.bundestag.de/ppp online bewerben. Dort finden sich alle weiteren Informationen zu den Voraussetzungen und dem Bewerbungsverfahren.

Neue Räume für das FabLab-Bayreuth – Kontaktvermittlung über „Mensch und Politik“



Bayreuth. Mitte November vergangenen Jahres besuchte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert zusammen mit der bayerischen Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach das FabLab-Bayreuth. In dem anschließend in Launerts Zeitung „Mensch und Politik“ veröffentlichten Beitrag über den Besuch wurde unter anderem auf den Platzmangel der Hightechwerkstatt eingegangen. Diesen Artikel las glücklicherweise auch Claudia Ebert, Geschäftsführerin der Schlenck GmbH Bayreuth. Unverzüglich nahm sie Kontakt mit der Werkstatt auf und bot ihr im Namen der Schlenck GmbH neue Räume auf dem Gelände der Firma an. Mit rund 700 Quadratmetern wird das FabLab-Bayreuth nun zu den größten FabLabs deutschlandweit zählen. Letzte Woche Mittwoch wurde der Mietvertrag dann unterzeichnet. Eingeladen war neben Bayreuths Oberbürgermeister Thomas Ebersberger auch die „Kontaktvermittlerin“ Silke Launert, die allerdings aufgrund der parallel stattfindenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag nicht an dem Termin teilnehmen konnte. „Leider konnte ich nicht persönlich anwesend sein. Ich freue mich aber riesig, dass das FabLab-Bayreuth diese tollen Räume bekommen hat! Einen großen Dank auch von meiner Seite an Claudia Ebert und die Firma Schlenck! Es ist wirklich toll zu sehen, wie man sich in Bayreuth und Umgebung gegenseitig unter die Arme greift!“, so die Abgeordnete.

Rotes Pferd erinnert an Freundschaft zwischen zwei Städten



Bayreuth. Zum Zeichen der Freundschaft und zum 10-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft schenkte die Partnerstadt Prag Bayreuth ein rotes Pferd. Die Skulptur des tschechischen Künstlers Michal Gabriel ist die Gussform von drei Bronzeperden, die in der tschechischen Partnerstadt stehen. Zur feierlichen Enthüllung des Objektes im Foyer des zweiten Stocks des Rathauses war auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert gekommen.

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum: Mehr Fachärzte und flexiblere Regelungen

Pottenstein. Patienten, die wochen- bis monatelang auf einen Fach-/Arzttermin warten auf der einen Seite, Ärzte, denen es aufgrund der Arztsitzverteilung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) zum Teil schwer gemacht wird, sich niederzulassen auf der anderen Seite. Die ärztliche Versorgung steht vor allem im ländlichen Raum seit Langem vor großen Herausforderungen. Darüber tauschte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit Allgemeinmedizinerin Dr. Gabriele Brütting aus.

Wie die beiden feststellten, gehen viele frisch und teuer ausgebildete Ärzte nach dem Studium weg. Diesem Trend könnte eine Verpflichtung der Studenten, nach dem Studium eine gewisse Zeit in Deutschland arbeiten zu müssen, entgegenwirken. Sollte ein Arzt dennoch gehen wollen, könnte eine teilweise Rückzahlung der Ausbildungs- bzw. Studiunkosten denkbar sein. Zudem müssten mehr Sonderbedarfe bei der Arztsitzverteilung zugelassen werden, so der Wunsch der Ärztin aus Pottenstein.

Frau Dr. Brütting selbst hat sich 2009 primär in Gößweinstein niedergelassen und hatte

selbst mit ihrem Kassenarztsitz das Problem wegen Zulassungsbeschränkungen letztendlich kurz nach der Gründung nach Pottenstein - in einen anderen Planungsbereich - umziehen zu müssen.

Seit 2010 führt sie daher ihre Praxis im Seniorenheim Curavivum in Pottenstein. „Klassische hausärztliche Landarztpraxen sterben. Mit ihnen geht ein wichtiger Baustein der Lebensqualität im ländlichen Raum verloren“, sagt Frau Dr. Brütting. Fachärzte seien bereits heute de facto im ländlichen Raum nicht mehr zu finden. Dennoch wurde Ihre Beantragung vor 2 Jahren, bedarfsweise z.B. auch eine Herzultraschalluntersuchung in der Hausarztpraxis durchzuführen (nachdem sowohl die Qualifikation als auch das Ultraschallgerät dazu vorhanden sind), abgelehnt.

Doch nicht nur das: Die Ärztin sieht auch Handel und Dienstleistungen sowie auch den Tourismus negativ betroffen. Unternehmen wandern ab oder lassen sich erst gar nicht nieder. Um die hausärztliche und fachärztliche Versorgung in der Region sicherzustellen,

wollte Brütting in Gößweinstein ein modernes Gesundheitszentrum errichten – alles unter einem Dach.

Besonderer Fokus sollte u.a. auf dem medizinischen Bedarf von Frauen liegen mit einem spezialisierten Angebot in den Bereichen Phlebologie, Lymphologie und Lipologie sowie der betrieblichen Gesundheitsfürsorge. Das Konzept sollte individuelle Programme für Betriebe, bestehend aus medizinischen Checks, Entspannungs- und Sportprogrammen und Ernährungs- und Präventionsangeboten beinhalten.

Doch wegen der enorm gestiegenen Baupreise ruht das Modellprojekt. Für die Ärztin allein ist das Millionen-Projekt nicht finanzierbar. „Die Baukosten sind von veranschlagten 1,8 Millionen auf 3,3 Millionen Euro gestiegen“, sagt Brütting. Ohne eine Förderung als Modell-Projekt oder die Beteiligung anderer Fachärzte liegt das Projekt daher zunächst auf Eis.



Besuch in der Kinderarztpraxis Med4Kidz: Corona hat viele Probleme verschärft



Bayreuth. Auf 900 Quadratmetern ist mit der Kinder- und Jugendmedizinischen Praxis med4kidz in Bayreuth ein gesamtheitliches Konzept entstanden mit Herz-Lungen-Zentrum, Hebammenambulanz und Pädiatrie. Dr. Gerald Hofner ist ärztlicher Leiter der Praxis, die ihm eine Herzensangelegenheit ist. Vor kurzem besuchte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert die Praxis und tauschte sich mit Dr. Hofner über die Behandlung von Corona-Langzeitfolgen, zunehmende psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen und fehlende Fachärzte aus.

Regelrecht explodiert ist die Herzabteilung der Praxis, die Hofner leitet. Vor allem die Behandlung von Post-Covid-Patienten habe stark zugenommen. „Betroffen sind hauptsächlich junge Sportler, bei denen sich ein Leistungsknick zeigt“, so der Arzt. Auffällig sei außerdem, dass Kinder, die bereits vor der Pandemie ein Risiko für Übergewicht hatten, nun genau deswegen behandelt werden müssen.

Zusammen mit seinen Kolleginnen, insgesamt arbeiten in der Praxis 10 Ärzte und 35 weitere medizinische Angestellte, versucht Hofner die

Probleme und Defizite in der Versorgung so gut es geht abzufedern. Was bleibt, ist der Wunsch nach mehr Unterstützung von Seiten der Politik, etwa durch die Beibehaltung der Abrechenbarkeit einer telefonischen Beratung oder einer Neuregelung der Arztsitzverteilung.

Größeren Raum des Gesprächs nahm auch die Behandlung von Kindern mit psychischen Problemen ein. Ein Thema, das Launert schon seit längerem beschäftigt. Wie Launert betonte, müssten Hilfsangebote vor allem „niederschwellig sein und schnell erfolgen“. Es brauche mehr Therapieplätze und erweiterte Jugendhilfemaßnahmen, ebenso wie Fortbildungen von Lehrern und Pädagogen, damit diese psychische Auffälligkeiten frühzeitig erkennen können. Das bestätigte auch Dr. Hofner. Psychische Auffälligkeiten der kleinen Patienten hätten sich verschärft, weil sie keine Therapie bekommen haben. Einen großen Mangel bei der Versorgung gebe es vor allem im Teilstationären-Bereich.

Hofner ergänzte: In ganz Oberfranken-Ost gibt es gerade einmal vier Kinder- und Jugendpsychiater. Von sechs Sitzen sind also zwei unbe-

setzt. In Bayreuth gibt es drei Ärzte, wobei einer, sehr zum Bedauern von Hofner, im Herbst aufhört. Dadurch verschärfe sich die Situation weiter. Er und seine Kolleginnen von med4kidz wollen sich deshalb für eine bessere Versorgung darum bemühen, eine sozialpsychiatrische Versorgung (SPV) in der Praxis zu integrieren und ergänzend zum Herz-Lungen-Zentrum und der Pädiatrie anzubieten, um die pädagogische und medizinische Seite besser miteinander verlinken und koordinieren zu können. Das Problem dabei ist jedoch wieder ein bekanntes: der Mangel an Fachpersonal.

„Es zeigt sich, dass die Behandlung psychischer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen ein unterschätztes Problem ist, das nun dringend angegangen werden muss“, schloss Launert, die sich weiter auf allen Ebenen für dieses wichtige Thema einsetzen will.

Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen: Frauen-Union fordert mehr Betreuungsplätze und den Ausbau niedrigschwelliger Hilfen



Bayreuth. Die Zahlen sind alarmierend: Acht von zehn Kindern fühlen sich durch die Corona-Pandemie psychisch belastet. Wie aktuelle wissenschaftliche Studien zeigen, hat sich das Risiko für Kinder psychisch zu erkranken seit Ausbruch der Pandemie deutlich erhöht. Wie kann die Situation verbessert werden? Welcher zusätzlichen Hilfsangebote bedarf es?

Hierüber diskutierte die Frauen-Union auf Einladung der Bezirksvorsitzenden der Frauen-Union Oberfranken und Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert und Claudia Krüger-Werner, Leiterin der Projektgruppe „Verbindungen leben - Netzwerke pflegen“, mit Experten aus Medizin und Politik – unter anderem mit der Staatsministerin Melanie Huml, Dr. Andrea Schöppner, Ärztliche Psychotherapeutin für tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie, sowie mit Martin Degenhardt, Geschäftsführer der Freien Allianz der Länder-KVen.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Launert skizzierte in ihrem Impulsvortrag zunächst die aktuelle Problemlage unter Heranziehung der namhaften COPSY-Studie des Universitäts-Klinikums Hamburg-Eppendorf, welche die Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen untersucht. Die Situation sei schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie äußerst angespannt gewesen, habe sich durch diese aber nochmals massiv gesteigert, so die Bezirksvorsitzende. Hinzu kämen nun eine nicht geringe Anzahl von traumatisierten Kindern und Jugendlichen, die vor dem Krieg aus der Ukraine geflohen seien. Launert war es zudem besonders wichtig zu betonen, dass Kinder und Jugendliche im Bedarfsfall so schnell wie möglich Unterstützung erhalten müssen, damit sich die psychische Erkrankung nicht weiter verfestige. Durch zu langes Warten könnten immense Langzeitfolgen verursacht werden, die auf das gesamte weitere restliche Leben der betroffenen Kinder und Jugendlichen ausstrahlen und dieses massiv beeinträchtigen würden. Probleme im Erwerbsleben bis hin zur Erwerbsunfähigkeit, Drogenkonsum und Bindungsstörungen – alle diese Probleme könnten Langzeitfolgen einer unerkannten beziehungsweise zu spät behandelten psychischen Erkrankung im Kindesalter sein. Die derzeitige Wartezeit von durchschnittlich fast ei-

nem halben Jahr auf einen Therapieplatz sei vor diesem Hintergrund absolut nicht hinnehmbar. „Jeder Euro, den man in den Bereich der Behandlung und Früherkennung investiert, zahlt sich um ein Vielfaches aus“, so Launert weiter.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig angesetzt werden müsse, um die Situation spürbar zu verbessern. Ein zentraler Ansatzpunkt sei insoweit die Ausweitung der Aufklärungsarbeit an Schulen und Kitas. Darüber hinaus müssten auch bestehende Beratungsangebote, die niedrigschwellig erreichbar seien, ausgebaut werden. Die Bayerische Staatsministerin Melanie Huml nannte in diesem Zusammenhang die kostenlose und rund um die Uhr erreichbare Rufnummer des Krisendienstes Bayern (0800 / 655 3000), unter welcher Menschen in Krisen sowie auch ihre Angehörigen Hilfe erhalten könnten. „Niedrigschwellige Hilfe ist unverzichtbar. Um an dieser Stelle noch effektiver zu werden, müssen wir die Telefonseelsorge stärker bewerben und auch in Oberfranken ausbauen. Zudem müssen wir dort ansetzen, wo psychische Erkrankungen am ehesten sichtbar werden, also insbesondere in den Kitas und Schulen. Das Angebot der Schulsozialarbeit muss weiter ausgebaut und Lehrerinnen und Lehrer sensibilisiert werden. Wenn niemand die Signale und stillen Hilferufe der Kinder wahrnimmt und auf sie reagiert, sei es innerhalb der Familie oder innerhalb des weiteren sozialen Umfeldes des Kindes, verpassen wir eine riesige Chance“, so Launert.

Eingehend thematisiert wurde ferner der Mangel an Therapieplätzen sowie die Besetzung von vakanten Stellen. Ein vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) in Auftrag gegebenes Gutachten hatte im Jahr 2019 festgestellt, dass bei einem Versorgungsgrad von 100 Prozent rund 1.600 Psychotherapeuten-Plätze fehlen, bei einem Versorgungsgrad von 110 Prozent knapp 2.400. Geschaffen wurden im Rahmen der Änderung der Bedarfsplanungs-Richtlinie dann allerdings nur knapp 800 neue Plätze. Martin Degenhardt, Geschäftsführer der Freien Allianz der Länder-KVen, verwies darauf, dass oberstes Ziel die Schaffung weiterer Psychotherapeutenplätze sein müsse. Hierfür müsse die Verhältniszahl, die angibt, wie viele Patientinnen und Patienten auf

einen Therapeuten kommen, abgesenkt werden. Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang außerdem, dass es in ganz Oberfranken-Ost gerade einmal vier Kinder- und Jugendpsychiatern - drei in der Kreisregion Bayreuth, einen in der Kreisregion Hof gibt. Von den drei Bayreuther Kinderpsychiatern wird jedoch einer zeitnah den Betrieb seiner Praxis einstellen. Zwei freie Plätze sind bereits derzeit unbesetzt. Der Versorgungsgrad liegt damit aktuell bei 66, 41 Prozent.

Das Fazit der Diskussionsrunde war auch an dieser Stelle eindeutig: Es braucht dringend eine Überarbeitung der Bedarfsplanung, mehr Therapieplätze, mehr Studienplätze sowie die Schaffung von gezielten Anreizen und den Abbau von Zugangshindernissen, um Schulabsolventen dazu zu motivieren, Psychologie zu studieren und im Anschluss dann als Psychotherapeutin / Psychotherapeut zu praktizieren. Ein weiterer, nicht minder bedeutsamer Lösungsansatz, so waren sich die Teilnehmer überdies einig, sei die Ausweitung der verschiedenen Formen der Gruppentherapie. Zur Sprache gebracht wurde dieser Punkt von Tina Sendl, welche an einem Bayreuther Krankenhaus kranke Kinder und Jugendliche unterrichtet. Nicht nur die erkrankten Kinder seien mit der Situation überfordert, auch ihre Eltern fühlten sich oftmals allein gelassen und erhielten zu wenige Informationen über den Ablauf der Therapie. Was kommt auf uns als Eltern zu? Wie gehe ich mit meinem Kind und meinen eigenen Gefühlen in dieser für die gesamte Familie herausfordernden Situation um? „Die Stärkung von Selbsthilfegruppen, gerade auch für betroffene Eltern und Geschwisterkinder, ist immens wichtig. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass therapeutische Einzelangebote noch nicht ausreichend vorhanden sind, ist diese Form der Therapie ein absolut sinnvoller Ansatz, der weiter ausgebaut und vor allem noch bekannter gemacht werden muss“, betonte auch die Bundestagsabgeordnete Silke Launert.

Am Ende der Gesprächsrunde fasste Launert die zentralen Forderungen noch einmal zusammen: Ausbau der vorhandenen sowie Schaffung neuer zusätzlicher niedrigschwelliger Angebote, insbesondere an Schulen und Kitas, die Bekanntmachung bestehender Hilfsangebote, wie etwa der Hotline des Krisendienstes Bayern, die Schaffung von mehr Therapieplätzen, mehr Studienplätzen sowie die Schaffung von Anreizen, damit mehr Schulabgänger sich für den Berufsweg des Psychotherapeuten / der Psychotherapeutin entscheiden sowie der Ausbau der Möglichkeit der Gruppentherapie seien die zentralen Stellschrauben, an welchen so schnell wie nur möglich gedrückt werden müsse.

Abschließend sagten die Bundestagsabgeordnete Silke Launert und die anwesenden Vertreterinnen der Frauen Union zu, die Forderungen aus der Diskussionsrunde mitzunehmen, sich für dieses Thema weiterhin mit Herzblut stark zu machen und unter anderem bei dem nächsten Parteitag einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Brauer bitten um Hilfe: Forderung nach Flexibilisierung der Arbeitszeit



Pretzfeld. Personalprobleme machen den Gastwirten in der Region Sorgen. Die Gaststätten und Biergärten benötigen dringend eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, fordern Mike Schmitt von der Nikl Bräu in Pretzfeld und Marcus Müller vom Landgasthof Lahner im Gespräch mit Bundestagsabgeordneter Dr. Silke Launert und MdL Michael Hofmann.

„Hauptangestellte finden wir kaum noch, wir sind auf Menschen angewiesen, die sich neben einem Bürojob mit einigen Stunden Kellnern zusätzlich etwas verdienen wollen. Das scheitert dann aber oft an der täglichen Höchstarbeitszeit“, sagt Schmitt. Zudem seien viele Bedienungen wegen der Schließungen während der Corona-Lockdowns in andere Branchen abgewandert, ergänzt Müller. Dies verschärfe das Problem zusätzlich.

„Ohne Flexibilisierung kein Gastroangebot. Wollen wir das, vor allem nach Corona?“, fragt Launert und warnt vor einem weiteren Gastrosterben. Zudem fordern die Gastronomen die Beibehaltung des ermäßigten Steuersatzes. „Nach zwei Jahren Pandemie sind die Ersparnisse aufgebraucht. Für Investitionen braucht es jedoch Rücklagen“, sagt Launert. Hinzu kommt, dass Brauereien nach wie vor mit den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen haben und die Rohstoff- und Energiepreise explodieren. „Die Preise können gar nicht so sehr erhöht werden, wie es gestiegene Lebensmittelpreise eigentlich erfordern würden“, so die Bundestagsabgeordnete weiter. Die Ermäßigung zum Ende des Jahres zu streichen, sei angesichts der Entwicklungen – hohe Inflation, gestiegene Rohstoff- und Energiepreise – für viele Brauereien existenzgefährdend und inakzeptabel.

Müller wies in diesem Zusammenhang auch auf die Rückzahlungen der Corona-Hilfen hin, „die ebenfalls Liquidität abziehen“. Die Beibehaltung des Steuersatzes von sieben Prozent könnte daher eine Chance für viele Betriebe sein, sich zu stabilisieren, waren sich alle einig.

Osterbrunnen-Tour

Bayreuth. Osterbrunnen-Tour durch die Fränkische Schweiz mit meiner FU-Freundin und Gästeführerin Birgit Haberberger: Das Schmücken der Brunnen zu Ostern ist ein ganz toller Brauch, der vor allem in der Fränkischen Schweiz fast überall gepflegt wird. Besonders hat mich beeindruckt, dass manche Brunnen aus Solidarität in den Ukraine-Farben geschmückt waren. Aber auch die Liebe zum Detail aller anderen großen und kleinen Brunnen bereiten Freude beim Entdecken.



Badfest Streitberg - Die Sanierung des Freibades kann endlich beginnen



Streitberg. Endlich kann die Sanierung des Freibades in Streitberg losgehen! Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nutzte vor Beginn der Renovierungsarbeiten das sehr gut besuchte Badfest des Fördervereins des Familienbades Streitberg, um sich noch einmal vor Ort umzusehen. Launert hatte sich für die Gelder für das Freibad erheblich eingesetzt und freute sich sehr, dass es nun nach verschiedenen ungeplanten Verzögerungen mit der Renovierung los gehen soll. Der starke Einsatz vieler Förderer und Freunde des Bades für ihre Heimat beeindruckte die Bundestagsabgeordnete sehr.

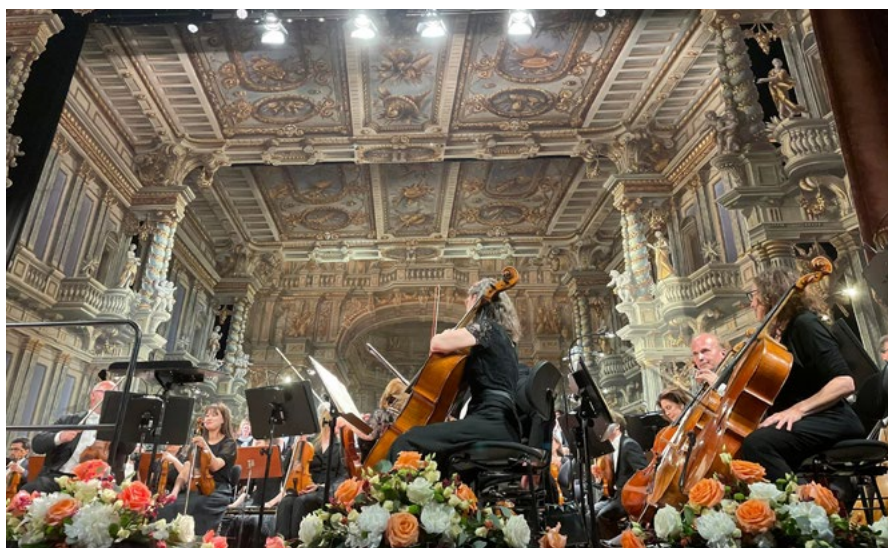
Pflanzentaufe: „Sunny Sisters“ sorgen für gute Laune

Gößweinstein. Jedes Jahr kürt ein Gremium des Bayerischen Gärtnerei-Verbands (BGV) die Bayerische Pflanze des Jahres. Am 25. April taufte Staatsminister für Umwelt- und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, die Sunny Sisters in der Gärtnerei Wiedow in Gößweinstein. Glauber übernimmt auch die Patenschaft für die Pflanze. Anna-Lena Wiedow von der gleichnamigen Gärtnerei stellte die bunten Blumen vor. Auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm an der Feier gerne teil.

Info: Die Sunny Sisters gibt es in fünf Farben – Gelb, Rot, Orange und zwei Pinktöne. Die Beet- und Balkonpflanze gehört zu den Garten-Gerbera.



Beethovens neunte Sinfonie zum Jahrestag



Bayreuth. Am 22. Mai 1872, an Richard Wagners 59. Geburtstag, wurde der Grundstein für das Festspielhaus in Bayreuth gelegt. Zu diesem Anlass dirigierte Wagner im Markgräflichen Opernhaus Beethovens neunte Sinfonie.

Zum 150. Jahrestag der Grundsteinlegung wurde im Opernhaus wieder Beethovens Sinfonie Nr. 9 d-Moll op. 125 aufgeführt. Auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert genoss das Konzert von Solisten, den Thüringer Symphonikern Saalfeld-Rudolstadt sowie des Kammerchors der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar unter der Leitung von Oliver Weder.

300 Kinder auf Ostereiersuche: Großer Erfolg für CSU-Aktion

Bayreuth. Ein großer Erfolg ist die Osteraktion des CSU-Ortsverbandes Bayreuth-Stadt am Ostersonntag gewesen. Knapp 300 angemeldete Kinder waren am späten Vormittag mit ihren Eltern oder Großeltern zur Wilhelminenaue gekommen, um rund um das Areal beim Kulturkiosk vom Osterhasen versteckte, bunte Eier zu suchen. Außerdem erhielt jedes Kind ein Los für das es eine Geschenktüte mit Eisgutschein, Trinkflasche, Buntstiften und anderen kleinen Überraschungen nach der Ostereiersuche gab.

Kreisvorsitzende Dr. Silke Launert freute sich über die gelungene Aktion: „Es war uns von der CSU wichtig, nach mehr als zwei Jahren Pandemie und den schrecklichen Nachrichten des Ukraine-Krieges, den Kindern bei Traumwetter an der frischen Luft eine Freude zu machen.“



Mensch & Politik

Dr. Silke Launert

Impressum: Büro Bayreuth · Eduard-Bayerlein-Straße 5 · 95445 Bayreuth · Tel. 0921 - 76430 21 · Fax: 0921 - 76430 22